Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Ettlinger Zeitung. 1949-1973
1952

113 (15.5.1952)

Visual Library

ETTLINGER ZEITUNG

Erscheinungsweise: Tägl. mittags außer sonntags. — Durch die Post 2.50 DM, zuzüglich 54 Pf. Zustellgeld. — Einzelnummer 15 Pf., samstags 20 Pf. — Frei Haus 2.80, im Verlag abgeholt 2.50 DM

Badischer Landsmann
gegründet 1896

Süddeutsche Heimatzeitung
für den Albgau

Anzeigenpreis: Die 6-gespaltene Millimeterzeile 20 Pf. — (Preisliste Nr. 4.) (Tel. aufgegeb. Inserate ohne Gewähr.) Abbestellungen können nur bis 25. auf den Monatsersten angenommen werden

4./53. Jahrgang | Donnerstag, den 15. Mai 1952 | Nr. 113

Lastenausgleich soll schnell wirksam werden

Regierungsappell an die Opposition – Ollenhauer und Kather lehnen ab

Bonn (UP). Das Plenum des Bundestages bekannte sich am Mittwoch vor Eintritt in die dritte und letzte Beratung des Gesetzes für einen allgemeinen Lastenausgleich zu einer sozial gerechten und dauerhaften Lösung dieses Problems. Bei seiner Erörterung kam es wiederum zu temperamentvollen Debatten zwischen Koalition und Opposition.

Der Fraktionsführer und zweite Vorsitzende der SPD, Erich Ollenhauer, der nochmals den grundsätzlichen Standpunkt seiner Partei in einer längeren Erklärung umriß, unterstrich die unverändert ablehnende Haltung der Sozialdemokraten. Er sagte, das vorliegende Gesetz sei nur dem Namen nach ein Lastenausgleichsgesetz. In Wirklichkeit aber kröne es die Politik der Bevorzugung des großen Privatbesitzes. Unter erregten Zwischenrufen rief er aus: „Wir können Sie in diesem Hause nicht hindern, einen solchen Lastenausgleich durchzusetzen, aber Sie können uns nicht hindern, den Geist, der Sie dabei bestimmt, vor dem ganzen deutschen Volk anzuprangern".

Ollenhauer führte weiter aus, es handle sich um ein Gesetz zur „Liquidierung unserer inneren Kriegsschuld gegenüber Millionen unserer Volksgenossen". Diese Liquidierung werde aber im Grunde verweigert, was „ein nationales Unglück der deutschen Demokratie" sei. Ebenso wie Ollenhauer setzte sich auch sein Fraktionskollege Kriedemann für die Abänderung der in der zweiten Lesung gebilligten quotalen Hauptentschädigung in eine „soziale" ein und forderte erneut die Belastung der öffentlichen Hand, die in der zweiten Beratung abgelehnt worden war.

Bundesvertriebenenminister Dr. Lukaschek richtete einen dringenden Appell an den Bundestag, das auch seiner Auffassung nach unbefriedigende Gesetz doch mit möglichst großer Mehrheit zu verabschieden, damit die Vertriebenen in den Genuß der „zweifellos vorhandenen Vorteile" kommen. Lukaschek, der sich bei der SPD für ihre Unterstützung in Vertriebenenfragen ausdrücklich bedankte, forderte die Sozialdemokratie auf, für das Gesetz zu stimmen, um auch den Bundesrat zur Zustimmung zu bewegen.

Die Sprecher der CDU/CSU, FDP und DP waren sich darin einig, das Gesetz so schnell wie möglich zu verabschieden. Der Vorsitzende des Lastenausgleichsausschusses Kunze (CDU) beantwortete die Vorwürfe der SPD mit der Bemerkung, die Opposition habe sich vorgenommen, in allen Dingen Opposition zu treiben. Auch er unterstrich die Notwendigkeit einer sozialen Befriedung für ein Volk, das zu seiner Verteidigung beitragen wolle. Den Weg dazu zeige aber nur der von den Regierungsparteien vorgelegte Lastenausgleichsentwurf. „Was wir getan haben", so betonte Kunze, „werden wir vor dem deutschen Volk und der Welt zu verantworten wissen."

Der Finanzexperte der FDP, Prof. Dr. Nöll von der Nahmer, ersuchte den Bundesrat dringend, dem Gesetz zuzustimmen und appellierte an die Bundes- und Länderfinanzverwaltungen, schon jetzt alle Vorbereitungen zu treffen, daß die Vertriebenen möglichst bald nach Verabschiedung des Gesetzes Leistungen erhalten.

Der Vorsitzende des Bundes vertriebener Deutscher, Dr. Kather (CDU), der aus seiner unveränderten Opposition gegen die Meinung der Regierungsparteien wiederum kein Hehl machte, erinnerte an den Rechtsanspruch der Vertriebenen auf eine gerechte Verteilung der Kriegs- und Kriegsfolgelasten. In der zweiten Lesung sei aber von einer echten Vermögensumschichtung und einem Eingriff in die Substanz nichts zu spüren gewesen. Die Mängel des Gesetzes könnten nur durch eine starke Vorfinanzierung ausgeglichen werden.

Gesetz über Teuerungszulagen

Der Bundestag verabschiedete in 2. und 3. Lesung das Teuerungszulage-Gesetz und das Gesetz über die Aufnahme eines Kredits durch den Bund im Rahmen der von den USA gewährten Wirtschaftshilfe. Nach dem Teuerungszulage-Gesetz erhalten folgende Sozialleistungsempfänger bis auf weiteres eine Teuerungszulage von 3 DM monatlich für sich, ihren Ehegatten und die übrigen Familienangehörigen, soweit diese bei der Bemessung der Sozialleistungen berücksichtigt werden: Empfänger von Renten aus der Invalidenversicherung, der Angestelltenversicherung, der knappschaftlichen Rentenversicherung und Empfänger von Ausgleichs- und Elternrenten nach dem Bundesversorgungsgesetz. Die Empfänger von Unterstützungen der Arbeitslosenfürsorge erhalten für sich und jeden zuschlagsberechtigten Angehörigen eine Teuerungszulage in Höhe von 12 Pfennig pro Tag. Der sich ergebende Auszahlungsbetrag ist auf volle 5 Pfennig nach oben aufzurunden. Beide Gesetze bedürfen der Zustimmung des Bundesrats.

Renner ausgeschlossen

Der Bundestagspräsident hat den kommunistischen Abgeordneten Renner wegen gröblicher Verletzung der Ordnung für 20 Sitzungstage aus dem Bundestag ausgeschlossen. Renner hatte zu Beginn der Bundestagssitzung tumultartige Szenen im Plenarsaal ausgelöst, als er die parlamentarische Untersuchung der „Bluttat von Essen" verlangte. Er hatte behauptet, in Essen sei ein junger Mann ermordet worden, weil er friedlich gegen die Adenauer-Politik demonstrieren wollte. Renner setzte seine Rede trotz wiederholter Unterbrechungen durch den Präsidenten fort, bis dieser schließlich die Sitzung unterbrach und Renner den Saales verwies. Der KP-Abgeordnete hatte nur das Wort erhalten, um die Erweiterung der Tagesordnung um einen Punkt zu beantragen.

DAG zu den Kampfmaßnahmen des DGB

Gruppenwahl gegen Einheitswahl — Der Beamtenbund warnt

Hamburg (UP). Zu den vom DGB beschlossenen Kampfmaßnahmen zur Durchsetzung des Mitbestimmungsrechts gab die Deutsche Angestelltengewerkschaft (DAG) eine Erklärung ab, in der diese außerhalb des DGB stehende Gewerkschaftsorganisation die Düsseldorfer Entscheidung zwar grundsätzlich, aber nicht vorbehaltlos billigt. In ihr heißt es u. a.: Die Deutsche Angestelltengewerkschaft trete in Übereinstimmung mit dem Deutschen Gewerkschaftsbund für ein echtes Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer in Betrieb und Wirtschaft ein, weshalb sie bereit sei, diesen Kampf im Grundsatz gemeinsam mit dem DGB zu führen. Nach Auffassung der DAG müsse aber die Gruppenwahl unabdingbarer Bestandteil einer gesetzlichen Regelung der Betriebsverfassung sein. Eine vorbehaltlose Unterstützung der Beschlüsse des DGB würde demzufolge die Verleugnung eines Grundsatzes durch die DAG bedeuten, der seit Jahren zu ihrem Aktionsprogramm gehöre. Der DGB halte demgegenüber an der Einheitswahl fest.

Der Deutsche Beamtenbund hat einen Appell an die deutsche Beamtenschaft gerichtet, sich nicht an den vom DGB geforderten Arbeitsniederlegungen zu beteiligen. Arbeitsniederlegungen und Streiks seien mit den Beamtenpflichten unvereinbar. Politische Streiks seien überhaupt als unerlaubte Druckmittel gegenüber den verfassungsmäßigen Organen verfassungswidrig und daher illegal.

Monarchie „notwendiger denn je"

Interview mit Kronprinz Rupprecht — Es kriselt wieder in München

München (UP). Kronprinz Rupprecht von Bayern erklärte in einem Interview mit der Münchener Wochenzeitschrift „Sonntagspost", nur die Rückkehr zu der „geschichtlich gewordenen Staatsform der demokratischen Monarchie" könne dem deutschen Volk den Weg nach oben ebnen. Es sei selbstverständlich möglich, daß in einer echten föderativen deutschen Demokratie Monarchien bestehen könnten, wie es im deutschen Kaiserreich bis 1918 Stadtrepubliken gegeben habe. Die monarchische Staatsform eines Bundeslandes würde nicht die Loslösung vom Bund bedeuten. Ein monarchisches Oberhaupt, das über den Parteien stehe, sei notwendiger denn je. Der Monarch sei dem ganzen Volk und nicht einzelnen Parteien und Gruppen gegenüber verpflichtet. Abschließend erklärte der Kronprinz, weder sein Vater, König Ludwig III., noch er hätten auf den bayerischen Thron verzichtet. Für die Wittelsbacher sei das bayerische Thronrecht höchste moralische und historische Verpflichtung.

Die SPD-Fraktion des bayerischen Landtags verlangte vom Auerbach-Ausschuß, in Permanenz zu tagen und die Untersuchung des Falles Müller in der kommenden Woche zu beenden. Ihre weitere Haltung gegenüber dem Justizminister werde sie vom Ergebnis dieser Ermittlungen abhängig machen. Innerhalb der BHE-Fraktion kam es zu heftigen Auseinandersetzungen. Der BHE hatte die Forderung nach dem Rücktritt Müllers gestellt, sie aber wieder zurückgezogen, als der Minister beteuerte, keinen Landesverrat begangen zu haben. Informierte Kreise rechnen mit der Möglichkeit des Ausscheidens des BHE aus der Koalition.

Die „Weltkirchenkonferenz" im Kloster Sgorsk bei Moskau, an der 27 Religionsgemeinschaften teilnehmen, wurde beendet.

Deutschlandvertrag am 24. Mai

Neufassung der Integrationsklausel – Gnadenkommission tritt in Kraft
Entscheidende Tage in Bonn und Paris

Bonn (UP). Der Deutschlandvertrag zur Ablösung des Besatzungsstatuts soll von den Außenministern der drei Westmächte und dem Bundeskanzler am Samstag, den 24. Mai, in Bonn unterzeichnet werden. Der Sechs-Mächte-Vertrag über die Bildung einer Europa-Armee wird anschließend in der letzten Maiwoche in Paris unterschrieben.

Die drei Westmächte haben auf Vorstellungen des Bundeskanzlers den Bedenken der Koalitionsparteien gegen die Formulierung der sogenannten „Integrationsklausel" im Deutschlandvertrag Rechnung getragen. Die Hochkommissare und Dr. Adenauer haben am Dienstag eine „neue Formulierung" der Rechte und Pflichten einer gesamtdeutschen Regierung aus dem Deutschlandvertrag vereinbart. Auch die anderen Vorbehalte der drei Koalitionsparteien werde man — so sagte ein Sprecher der Alliierten — „in geeigneter Form" berücksichtigen können. Hinsichtlich der Regelung der „Kriegsverbrecherfrage" sei bereits eine Einigung erfolgt, die allerdings noch von den Regierungen der drei Westmächte gebilligt werden müsse.

Die Neufassung der Integrationsklausel sieht vor, daß ein wiedervereinigtes Deutschland die gleichen Rechte aus dem Vertragswerk wie die Bundesrepublik erhalten soll, wenn es auch die gleichen Verpflichtungen eingeht. Bisher war geplant, daß Gesamtdeutschland durch die Bestimmungen des Vertrages verpflichtet wird und daß ihm dann auch die gleichen Rechte zustehen. Die Koalitionsparteien sahen darin eine Beeinträchtigung der Handlungsfreiheit der gesamtdeutschen Regierung. Durch die Neufassung ist es ihr selbst überlassen, ob sie in die Rechte und Verpflichtungen eintreten will.

Hinsichtlich der von den Regierungsparteien ebenfalls angefochtenen Notstandsklausel ist von den deutschen Sachverständigen inzwischen eine neue Formulierung vorgeschlagen worden. Danach sollen vor allem die Bestimmungen über die Möglichkeiten zur Erklärung des Notstandes durch die Alliierten präziser und schärfer gefaßt werden. Auch die Unterscheidung zwischen einer schweren Störung der Ordnung von innen und von außen soll genauer getroffen werden.

Zwischen dem Bundeskanzler und den Hochkommissaren ist bezüglich der „Kriegsverbrecher" vereinbart worden, daß die deutsch-alliierte Gnadenkommission zur Überprüfung der Urteile sofort nach der Unterzeichnung des Deutschlandsvertrags mit der Arbeit beginnt. Sie soll sich aus drei Deutschen und je einem Vertreter der Westmächte zusammensetzen und eine Änderung des Strafmaßes der 638 in Gefängnissen der Alliierten in Deutschland festgehaltenen „Kriegsverbrecher" empfehlen können. Die sofortige Arbeitsaufnahme der Gnadenkommission muß noch von den drei Westregierungen gebilligt werden.

Außenminister müssen 2 Fragen entscheiden

Vor der Unterzeichnung des Deutschland-Vertrages am 24. Mai im Bundesratssaal in Bonn durch die drei westalliierten Außenminister und den Bundeskanzler werden die Minister noch zwei wichtige Fragen des Vertragswerks klären müssen: 1. die Aufteilung des deutschen Finanzbeitrags und 2. den Termin des Inkrafttretens des Deutschlandvertrags. Dieses zweite Problem muß deshalb geklärt werden, weil der Vertrag gegenwärtig nur nach der Ratifizierung des Vertrags über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft in Kraft treten kann. In der Europa-Armee sind aber Staaten vertreten, die nicht Signatarländer des Deutschlandvertrags sind.

Am kommenden Montag beginnt in Paris eine Vorbesprechung der an der Europa-Armee beteiligten Staaten; dort sollen noch offene Fragen des Vertragswerks beraten werden. An dieser zweitägigen Konferenz nimmt für die Bundesregierung wahrscheinlich Staatssekretär Hallstein oder Sicherheitskommissar Blank teil.

Am Mittwoch und Donnerstag nächster Woche treffen sich die Außenminister der im Europa-Rat vertretenen Staaten in Straßburg. Nach der Unterzeichnung des Deutschlandvertrags in Bonn am 24. Mai reisen die Minister Anfang der letzten Maiwoche nach Paris zur Unterzeichnung des Vertrags über die Verteidigungsgemeinschaft.

Unterrichtung von Koalition und Opposition

Der Bundeskanzler unterrichtete am Mittwoch vormittag das Bundeskabinett und die Koalitionsparteien in einer vierten Sondersitzung über seine Besprechungen mit den Hochkommissaren. Am Freitag findet — nach einer weiteren Beratung Dr. Adenauers mit den Hochkommissaren am Donnerstag — eine neue Besprechung mit den Ministern und Vertretern der Regierungsparteien statt. Den zweiten Vorsitzenden der SPD, Erich Ollenhauer, und die Vorstandsmitglieder Carlo Schmid und Erwin Schöttle unterrichtet der Kanzler am Mittwochabend über den Inhalt der Vertragsentwürfe.

Die noch verbliebenen 70 Büros der amerikanischen Kreis-Verbindungsoffiziere werden am 5. Juni und die vier Ämter der amerikanischen Landeskommissare am 30. Juni geschlossen. Bis zum Inkrafttreten des Deutschlandvertrages werden die restlichen Aufgaben der Landeskommissare auf die amerikanischen Generalkonsulate übertragen.

Die umstrittene Unterschrift

Von Willi Schlickling

Mit der Fertigstellung der neuen Verträge zwischen der Bundesrepublik und den westlichen Alliierten, insbesondere aber des Vertrags über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft, treibt der innenpolitische Konflikt um den deutschen Wehrbeitrag seinem Höhepunkt zu. Die sozialdemokratische Opposition hat in den letzten Tagen zweimal — erstens in einem neuen Antrag beim Bundesverfassungsgericht und zweitens in einem Antrag beim Bundestag — zu verstehen gegeben, daß nach sozialdemokratischer Meinung die geplante Unterschrift Adenauers bis zur Entscheidung über die SPD-Feststellungsklage rechtsunwirksam wäre.

Das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe wird voraussichtlich am 10. Juni über die durch die Feststellungsklage aufgeworfene Streitfrage entscheiden, ob der geplante Wehrbeitrag mit dem Grundgesetz zu vereinbaren ist und demnach mit einfacher Mehrheit beschlossen werden kann. Wenn die höchste richterliche Instanz der Bundesrepublik feststellen sollte, daß die Bundesrepublik ohne vorherige Änderung oder Ergänzung des Grundgesetzes keine Streitkräfte aufstellen darf, dann würde sich damit — nach dem jetzt von der Opposition eingenommenen Standpunkt — die Unterschrift des Kanzlers als null und nichtig erweisen. Die Juristen der Opposition, Dr. Adolf Arndt (SPD) und Dr. Bernhard Reismann (FU) hatten deshalb unter Hinweis auf die bevorstehende Unterzeichnung der neuen internationalen Verträge das Bundesverfassungsgericht am 6. Mai ersucht, noch vor Mitte Mai über die Zulässigkeit der am 31. Januar von 143 Bundestagsabgeordneten eingereichten Feststellungsklage zum Verteidigungsbeitrag zu entscheiden.

Nach den letzten Berichten aus Karlsruhe ist jedoch nicht damit zu rechnen, daß der zuständige Erste Senat vor dem 10. Juni über die Feststellungsklage der Sozialdemokratie und der Föderalistischen Union und die mit ihr verknüpften späteren Anträge verhandeln kann. Der weittragende Beschluß der Karlsruher Richter im interessantesten Verfassungsstreit der deutschen Nachkriegsgeschichte ist also erst nach diesem Tage zu erwarten. Dieser Verzögerung darf aber nicht etwa eine unberechtigte Verzögerungstaktik unterstellt werden. Nach dem Gesetz ist das Bundesverfassungsgericht nur beschlußfähig, wenn von den zwölf Mitgliedern des zuständigen Senats neun anwesend sind. Nun ist aber inzwischen ein Richter ausgeschieden und drei sind erkrankt, so daß es von deren Genesung abhängt, wann das Gericht zusammentreten kann.

Unbeschadet dieser künftigen Entscheidung wird das Bundesverfassungsgericht voraussichtlich am Donnerstag darüber befinden, ob es eine einstweilige Anordnung gegen eine vorbehaltlose Unterzeichnung des Deutschlandvertrages erlassen oder wann über diesen Antrag eine mündliche Verhandlung stattfinden soll. Inzwischen haben nämlich Dr. Arndt und Dr. Reismann beim Bundesverfassungsgericht eine einstweilige Anordnung beantragt, durch die dem Bundeskanzler aufgegeben werden soll, bei Unterzeichnung des Generalvertrages und des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft den ausdrücklichen Vorbehalt zu machen, daß diese Verträge nicht in Kraft treten können, beziehungsweise die Ratifizierungsurkunde deutscherseits nicht hinterlegt werden kann, ehe das Bundesverfassungsgericht über die staatsrechtlichen Voraussetzungen für das Wirksamwerden der Verträge beziehungsweise ihre Ratifizierung entschieden hat.

Die Antragsteller — ein Drittel der Mitglieder des Bundestages — haben in ausführlichen Schriftsätzen den Standpunkt eingenommen, daß die gesetzgebenden Bundesorgane nach dem Sinn und dem Wortlaut des Grundgesetzes überhaupt keine Entscheidung in der Wehrfrage treffen dürfen. Im Gegensatz zur Weimarer Verfassung enthalte das Bonner Grundgesetz keine Bestimmung darüber, ob der Bundesstaat oder die Gliedstaaten für die Wehrgesetzgebung zuständig seien, wer die Kommandogewalt habe usw. Die deutsche Rechtstradition beweise, daß „allein im urkundlichen Verfassungsrecht gültig entschieden werden kann, ob es eine bewaffnete Streitmacht geben soll". Die Juristen der Opposition unterstreichen in diesem Zusammenhang besonders den provisorischen Charakter der Bundesrepublik. Der hessische Ministerpräsident Zinn (SPD), ehemals Mitglied des Parlamentarischen Rates, formulierte diese Auffassung am 10. Januar 1951 wie folgt: „Das Grundgesetz hat keinen neuen Staat geschaffen, sondern sich bewußt darauf beschränkt, innerhalb des fortbestehenden deutschen Gesamtstaates den westlichen Teil als Fragment oder Kern zu reorganisieren ..."

Bei der außerordentlich schwierigen juristischen Entscheidung wird wohl auch die Frage eine Rolle spielen, ob die Schöpfer des Grundgesetzes die Möglichkeit einer späteren Wehrpflicht ins Auge gefaßt haben. Von der SPD wird dies verneint. Von politischen Kreisen, die der Bundesregierung nahestehen, wurde wiederholt der Artikel 4 (Niemand kann gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden) als Beweis dafür angeführt, daß an eine spätere Wehrgesetz-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

gebung gedacht gewesen sei. Die gleichen Kreise berufen sich auf Äußerungen von Professor Theodor Heuss im Parlamentarischen Rat, daß die allgemeine Wehrpflicht ein „legitimes Kind der Demokratie" sei. Der SPD-Abgeordnete Carlo Schmid soll seinerzeit in diesem Zusammenhang erklärt haben, die einschränkende Bestimmung könne auch von denen angenommen werden, die grundsätzlich die Pflicht der Demokratie bejahten, sich zu verteidigen. Umgekehrt beruft sich aber auch die Opposition auf Theodor Heuss, der am 8. Dezember 1949 erklärt haben soll: „Auch erlaubt uns unsere Verfassung keine allgemeine Wehrpflicht".

Der Standpunkt der Sozialdemokratie, daß das Grundgesetz keine Bestimmungen über die Zuständigkeit für die Wehrverfassung enthalte, wird nach Auffassung von Bonner Regierungskreisen durch die Meinung vieler Staatsrechtler widerlegt. Nur die Vorbereitung eines Angriffskrieges — nicht aber ein Wehrgesetz überhaupt — sei durch das Grundgesetz verpönt worden. Einige Bestimmungen des Grundgesetzes setzten den Erlaß eines Wehrgesetzes geradezu voraus.

Ein Südweststaat-Haus in Bonn

Bonn (lsd). Die Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern unterhielten bisher für ihre Vertretungen in Bonn drei Häuser, die auch jetzt noch mit sämtlichem Personal beibehalten werden, weil das jetzige Stuttgarter Kabinett noch keine Entscheidung getroffen hat, wie und wo der Bevollmächtigte des neuen Bundeslandes in Bonn residieren soll. Geplant ist der Bau eines neuen Hauses, das vorwiegend repräsentativen Zwecken dienen soll. Nach seiner Fertigstellung werden die Häuser von Baden und Württemberg-Hohenzollern aufgegeben, während das Haus von Württemberg-Baden in der Lennéstraße als eigentliches Bürogebäude benutzt werden soll.

Schädigte Götzendorff die Bundeskasse?

München (UP). Vor dem Landgericht München begann der Prozeß gegen den Bundestagsabgeordneten Günther Götzendorff, dem Betrug vorgeworfen wird. In der Anklageschrift heißt es, Götzendorff habe unrechtmäßig Kilometergelder und Tagegelder für Sitzungen des Bundestages vereinnahmt. Von 15 angegebenen Fahrten zwischen Passau und Bonn Ende Juli 1950 seien 12 fingierte und drei Vergnügungsfahrten gewesen. Ferner habe Götzendorff in zwei Fällen unrechtmäßig Tagegelder für Bundestagssitzungen kassiert. Der Abgeordnete habe auf diese Weise rund 5000 DM eingenommen. Götzendorff stritt die vorgehaltenen Straftaten ab.

VOM TAGE

Bundespräsident Heuss empfing den Präsidenten der neuen Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung, Julius Scheuble.

Der Deutsche Industrie- und Handelstag (DIHT) hält am 28. Mai in München seine diesjährige Vollversammlung ab, die unter dem Thema „Gesamtdeutsche und weltwirtschaftliche Aufgabe der deutschen Unternehmer" steht.

Der deutsche Botschafter in Brasilien, Dr. Ollers, traf in Bonn ein, wo er den Bundeskanzler über die Lage in Brasilien unterrichten wird.

Der Schumanplan wurde vom luxemburgischen Abgeordnetenhaus mit 47 gegen vier Stimmen der Kommunisten ratifiziert. Nun müssen noch Belgien und Italien dem Vertragswerk zustimmen.

Die „alarmierende Ölversorgungslage", die infolge des Ölarbeiterstreiks in den USA entstanden ist, war das Thema einer überraschend einberufenen Geheimkonferenz von Vertretern der europäischen Luftverkehrsgesellschaften.

Der neue US-Botschafter in Moskau, George Kennan, überreichte dem Präsidium des Obersten Sowjet sein Beglaubigungsschreiben.

Direkte sudanesisch - ägyptische Verhandlungen sollen in Kürze auf Wunsch der sudanesischen Umma-Partei, die für eine Trennung der beiden Nil-Länder eintritt, in Kairo stattfinden.

Der australische Ministerpräsident Menzies ist nach Washington abgeflogen, wo er militärische und handelspolitische Fragen erörtern will. Anschließend will sich Menzies nach London begeben.

Die britischen Atomwaffenversuche werden nach einer offiziellen Mitteilung im Dezember auf den Montebello-Inseln etwa 80 km vom australischen Festland entfernt stattfinden.

Die 49. US-Luftlandedivision wird in Kürze von Virginia nach Großbritannien verlegt. Die Division besteht aus leichten Düsenbombern und einem Geschwader Jagdbomber.

Der „Rote Dekan" von Canterbury, Dr. Johnson, begab sich von London aus über Prag und Moskau nach Rotchina. Dr. Johnson bezeichnete seine Reise als „Friedensmission".

Der Berliner Bürgermeister Reuter ist nach Den Haag gereist, wo er an einer Sitzung des Exekutivkomitees des Internationalen Städteverbandes teilnimmt.

Aus Werl entlassen wurde Magnus Wochner, der wegen angeblicher Beteiligung an der Ermordung von vier Engländerinnen zu 10 Jahren Gefängnis verurteilt wurde.

Exkönig Leopold von Belgien wird in Caracas erwartet; er will quer durch Venezuela eine Expedition am Orinoco entlang unternehmen.

Der italienischen Luftwaffe wurden auf dem Flugplatz von Brindisi die ersten US-Düsenjäger vom Typ F-84 Thunderjet übergeben.

Acheson überbringt Garantien

Frankreichs Wunsch wird erfüllt - Schuman ist optimistisch

Paris (UP). Der amerikanische Außenminister Acheson wird nach der Unterzeichnung des Abkommens über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft in Paris die von der französischen Nationalversammlung gewünschte Zusicherung gegen das „Ausbrechen" der Bundesrepublik aus der Verteidigungsgemeinschaft abgeben.

Achesons Erklärung wird sich, wie ein Sprecher der US-Botschaft in Paris bekanntgab, auf den Kongreßbeschluß beziehen, wonach amerikanische Truppen so lange in Europa bleiben sollen, wie es erforderlich ist, und daß die USA Maßnahmen treffen werden, sobald einer der vertragsschließenden Mitgliedstaaten aus der Europa-Armee ausscheiden will. Die französische Nationalversammlung hatte am 14. Februar die Fortführung der Verhandlungen über die Europa-Armee nur unter der Voraussetzung gebilligt, daß die USA eine „Sicherheitsgarantie" gegen das „Ausbrechen" Deutschlands geben und ihre Streitkräfte in Europa belassen.

Der Sprecher der US-Botschaft teilte weiter mit, daß Acheson voraussichtlich am nächsten Mittwoch oder Donnerstag in Paris oder London mit den Außenministern Frankreichs und Großbritanniens zu einer Konferenz zusammentreten werde. Acheson selbst sagte auf einer Pressekonferenz in Washington, es sei noch unbestimmt, wann der Vertrag über die Europa-Armee unterzeichnet werde, da noch eine kleine Zahl von Punkten zu regeln sei.

Der französische Außenminister Schuman meinte in einer Ansprache vor dem Internationalen Presse-Institut in Paris, die Welt des Westens müsse eine Politik treiben, als ob der Ausbruch eines Krieges jederzeit möglich wäre. Er fügte jedoch hinzu, daß er einen Krieg nicht für unvermeidlich halte. Heute nehme die Kriegsgefahr in der Welt eher ab als zu. Trotzdem müßten die erforderlichen Vorsichtsmaßnahmen getroffen werden. Die „Furcht vor einem neuen Krieg" sei vielleicht die beste Garantie gegen einen neuen Konflikt.

Das gesamtdeutsche Problem berührend, sagte Schuman, die Verträge der Westmächte mit der Bundesrepublik müßten im Fall der Wiedervereinigung Deutschlands revidiert werden. „Wir haben die Möglichkeit dieser Wiedervereinigung vorgesehen und müssen sie in unsere Berechnungen einbeziehen." Das würde möglicherweise eine Verständigung mit der Sowjetunion voraussetzen. Da die Ratifizierung der Verträge mit Deutschland erst in einigen Monaten zu erwarten sei, könne die Sowjetunion nicht behaupten, daß sie vor eine vollzogene Tatsache gestellt wurde. Der Kreml habe Zeit zu einer Antwort und die Tür zu Verhandlungen bleibe geöffnet. „Wir wollen mit der Sowjetunion verhandeln unter der Voraussetzung, daß sie ihre Pläne klar mitteilt", so fuhr Schuman fort. „Wir wollen aber nicht diskutieren wie im vergangenen Jahr, als im Palais Marbre Rose drei Monate über die Tagesordnung verhandelt wurde, ohne daß ein Ergebnis erzielt werden konnte. Wir wollen, daß offene und ernste Arbeit geleistet wird."

Schuman drückte die Hoffnung aus, daß der Vertrag über die Europa-Armee trotz der Opposition ratifiziert wird. Im Interesse der Einigung Europas müsse der Grundsatz der Nationalarmeen aufgegeben werden. „Wir wissen, daß es Schwierigkeiten gibt, aber der Anfang muß gemacht werden."

Pankow weist Deutschlandnote zurück

Acheson: Wir halten die Stellung in Berlin - Neue Blockade befürchtet

Berlin (UP). Die Sowjetzonen-Regierung wies in einer offiziellen Erklärung des Amtes für Information die westalliierte Note zur Deutschlandfrage zurück und bezeichnete sie als Versuch, eine rasche Lösung der Deutschlandfrage zu verhindern und einen neuen Krieg vorzubereiten.

„Mit der Note der Westmächte soll der Weg freigelegt werden für die endgültige Zerreißung Deutschlands, um Westdeutschland den Generalkriegsvertrag und das Militärabkommen aufzuzwingen und es in nationale Versklavung zu stürzen", heißt es in der amtlichen Erklärung der Pankower Regierung. „Damit verfolgen die imperialistischen Westmächte weiter das Ziel, Deutschland in einen neuen Aggressionskrieg hineinzuzerren, dessen Auftakt ein mörderischer Bruderkrieg Deutscher gegen Deutsche sein soll. Deutschland soll nach den verbrecherischen Plänen der USA-Kriegstreiber in eine Trümmerwüste verwandelt werden, um auf diese Weise für immer als unliebsamer Konkurrent ausgeschaltet zu werden."

Der Erklärung schließt mit einem neuen Appell an das deutsche Volk, den Abschluß des Generalvertrages und seine Durchführung mit „allen Mitteln des nationalen Widerstandes" zu verhindern. Die Westmächte hätten nur deshalb die Aufstellung „nationaler Streitkräfte" in Deutschland abgelehnt, weil diese zur „Verwendung als Söldnerarmee eines amerikanischen Aggressionskrieges gegen friedliebende Völker ungeeignet wären".

Am Mittwoch haben zum ersten Male nach sechs Tagen die sowjetrussischen Grenzposten in Babelsberg dem amerikanischen Patrouillenwagen für die Autobahn Berlin—Helmstedt wieder die Durchfahrt erlaubt. Der Reiseerlaubnis ging eine Besprechung von Vertretern der Westalliierten mit den sowjetischen Behörden in Berlin voraus.

Der amerikanische Außenminister Acheson erklärte auf einer Pressekonferenz, die USA, Frankreich und Großbritannien seien entschlossen, jeglichem neuen kommunistischen Blockadeversuch gegen Berlin Widerstand zu leisten. Die USA hätten die feste Absicht, ihre Stellung in Berlin zu halten und die Interessen der Bevölkerung der Westsektoren zu schützen. Acheson sagte, er habe die „etwas kriegerischen" Äußerungen von Walter Ulbricht in Ostberlin zur Kenntnis genommen und meinte, die Sowjetunion betrete gefährlichen Boden, indem sie berufsmäßige kommunistische Agitatoren zu Unruhen gegen die Bundesregierung anstifte.

Der Berliner CDU-Bundestagsabgeordnete Lemmer sagte in einer Rundfunkrede, man könne sich nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands ernsthafte Bedenken gegenüber der Politik der europäischen Integration auslöse. Für die Konsolidierung Westeuropas müßten in erster Linie die 18 Millionen Deutsche im sowjetischen Herrschaftsbereich und schließlich auch die Berliner den Preis zahlen. Man sollte die Drohungen Ulbrichts ganz ernst nehmen, ohne sich durch sie einschüchtern zu lassen. Es sei damit zu rechnen, daß von sowjetischer Seite ein neuer Versuch gemacht werde, sich Berlins durch eine neue Blockade zu bemächtigen. Lemmer schlug vor, in der Zeit zwischen Unterzeichnung und Ratifizierung des Generalvertrages zu versuchen, Viermächtebesprechungen über die deutsche Frage in Gang zu bringen.

10 Jahre Haft für Sowjetagenten

Verbüßung im Landsberger Gefängnis

Berlin (UP). Im ersten Berliner Prozeß gegen einen Sowjetagenten verurteilte das amerikanische Bezirksgericht in Berlin-Lichterfelde den 25 Jahre alten Deutschen Erwin Andrees zu der Höchststrafe von 10 Jahren Haft. Der Gerichtshof fand den Angeklagten für schuldig, für die Sowjetunion Spionage versucht zu haben. Andrees muß seine Strafe im Kriegsverbrechergefängnis Landsberg absitzen. Er hatte von dem Major im sowjetischen Geheimdienst Stolarow den Auftrag erhalten, sich bei amerikanischen Behörden anstellen zu lassen und die Namen sowie die Tätigkeit von wichtigen Angestellten mitzuteilen. Als dies mißlang, versuchte Andrees, einen Angestellten des US-Geheimdienstes für seine Pläne zu gewinnen. Nachdem dieser zum Schein auf sein Angebot eingegangen war und gewünschte Skizzen angefertigt hatte, konnte die amerikanische Abwehr Andrees verhaften.

Ein amerikanisches Gericht in München verurteilte nach mehrtägiger Verhandlungsdauer den 24 Jahre alten deutschen Kaufmann Karl Schünemann aus Backet bei Aachen wegen Spionage zu 15 Jahren Gefängnis. Schünemann hatte sich für schuldig bekannt, im Auftrag des tschechoslowakischen Spionagedienstes Informationen ü[illegible] mehrere amerikanische Flugplätze in [illegible] Nähe Münchens gesammelt zu haben. Für seine Tätigkeit erhielt er von tschechoslowakischen Agenten in der Zeit vom März 1951 bis Februar 1952 rund 7000 bis 8000 DM.

Arnolds Bericht über Essen

Die „Jugendkarawane" hatte gewarnt

Düsseldorf (UP). Nach einem Bericht, den Ministerpräsident Arnold dem Hauptausschuß des Landtages von Nordrhein-Westfalen über die Essener Zwischenfälle unterbreitet hat, ist die vom „Präsidium der Jugendkarawane" geplant gewesene Großkundgebung in Essen im Hinblick auf den Europa-Kongreß der christlichen Arbeiterjugend und die gleichzeitige Eröffnung der Gartenbau-Ausstellung vom Essener Ordnungsamt im Einvernehmen mit dem Innenministerium aus polizeitechnischen Gründen verboten worden. Das „Präsidium der Jugendkarawane" habe daraufhin jede Verantwortung im Falle von Zusammenstößen in Essen abgelehnt und am Sonntag durch Lautsprecherwagen die auswärtigen Kundgebungsteilnehmer aufgefordert, Essen zu verlassen und in ihre Heimatorte zurückzufahren.

Trotz dieser Aufforderung hätten radikale Gruppen demonstriert, wobei es zu dem folgenschweren Zusammenstoß mit der Polizei kam. Diese sei mit Schottersteinen, Pflastersteinen, Flaschen und anderen Gegenständen beworfen worden, wodurch 18 Beamte verletzt wurden. Nach dreimaliger Verwarnung durch Lautsprecher, das Werfen einzustellen, habe die Polizei wegen der daraufhin verstärkt eingesetzten Steinwürfe Warnschüsse und dann in Notwehr scharfe Schüsse abgegeben; auch die Demonstranten hätten geschossen.

Nach einer Darstellung des evangelischen Pfarrers Hans Meyer von Düsseldorf-Oberkassel, besteht das „Präsidium der Jugendkarawane gegen den Generalvertrag" aus Angehörigen studentischer und freier Aktionsgruppen, sowie der Gewerkschaftsjugend und der sozialistischen und konfessionellen Jugendverbände. Zu den Zwischenfällen wäre es seiner Meinung nach niemals gekommen, wenn man die Kundgebung durchgeführt hätte. Die Konflikte seien erst durch das Verbot und durch den Einsatz der Polizei geradezu herausgefordert worden. Es sei die Frage zu stellen, ob es bei einem Einsatz von Polizei nur Schußwaffen, Gummiknüppel und Hunde gäbe und ob nicht etwa Wasserwerfer und Feuerwehrschläuche genügt hätten.

Für Triest-Verhandlungen zwischen Italien und Jugoslawien setzte sich der britische Außenminister Eden ein. Eden bedauerte den Angriff Marschall Titos auf das neue Verwaltungsabkommen.

Wahlprüfungsausschuß tagt öffentlich

Zusammentritt am 26. Mai in Stuttgart

Stuttgart (dpa). Der Wahlprüfungsausschuß der Landesversammlung hat erneut die von der DG/BHE in Württemberg-Baden gegen die Wahl vom 9. März erhobene Anfechtung erörtert. Der Ausschuß beschloß, am 26. Mai zu einer öffentlichen Sitzung zusammenzutreten, zu der Vertreter der DG/BHE und des BHE gehört werden sollen.

Nach Ansicht der DG/BHE sollen für die Wahl zur Verfassunggebenden Landesversammlung am 9. März verschiedene Kandidaten des BHE entgegen den Bestimmungen des Wahlgesetzes nicht in geheimer Wahl nominiert worden sein.

600 000 Neofaschisten in Italien

Staatsschutzgesetz in Vorbereitung

Rom (UP). Die neofaschistische Partei Italiens, die sich „Italienische Sozialbewegung" (MSI) nennt, hat nach Mitteilung ihres Leiters, Augusto de Marsanich, über 600 000 Mitglieder. Die MSI ist im Jahre 1947 gegründet worden.

Das italienische Kabinett hat unter dem Vorsitz von Ministerpräsident de Gasperi den Entwurf einer Ergänzung des italienischen Strafgesetzbuches gebilligt, die sich mit solchen Verbrechen befaßt, die „gegen die grundlegenden demokratischen Institutionen" gerichtet sind. Auch jede Propaganda zur Errichtung einer Diktatur oder zur Unterdrückung der zivilen und politischen Freiheiten ist nach der vorgesehenen Ergänzung des italienischen Strafgesetzbuches strafbar.

Lage in Tunis verschärft sich

Tunis (UP). Der französische Generalresident in Tunesien, General de Hauteclocque, und General Garbey, der Oberbefehlshaber der französischen Truppen in Tunesien, haben sich nach Karthago zu einer Sonderkonferenz mit dem Bey von Tunis begeben. Seit dem vergangenen Wochenende sind bei verschiedenen Bombenanschlägen fünf Personen getötet und weitere 23 verletzt worden. Diese neue Terrorwelle hat in zuständigen französischen Kreisen Anlaß zu ernsten Besorgnissen gegeben. Auch das französische Kabinett hat sich aus diesem Grunde in Paris mit dem Tunis-Problem befaßt.

Eden über Deutschland-Politik

Keine Verzögerung der Verträge — Gegen Neuwahlen in der Bundesrepublik

London (UP). Außenminister Eden eröffnete eine Europa-Debatte des britischen Unterhauses mit der Feststellung, Neuwahlen in der Bundesrepublik würden die deutsche Aufrüstung verzögern und den Alliierten allein die Last der Verteidigung Europas überlassen. Vor einem vollbesetzten und gespannt zuhörenden Hause wandte er sich scharf gegen die Befürwortung solcher Wahlen durch den Exekutivausschuß der britischen Labour Party. Eden bezeichnete deren Erklärung als „ungewöhnliche und ungebührliche Einmischung in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates".

Clement Attlee antwortete, niemand erwarte, daß die Alliierten ihr Blut und ihren Wohlstand für die Verteidigung Deutschlands ohne die Mithilfe der Deutschen hergeben sollten, jedoch müsse hinter der Aufrüstung und dem Deutschland-Vertrag die öffentliche Meinung Deutschlands stehen. Er bestreite nicht die Kompetenz der Bonner Regierung, aber diese sei unter anderen Voraussetzungen gewählt worden; es könne keine starke Armee in Westdeutschland geben, wenn sich die Masse des Volkes nicht willig der Aufrüstung anschließe.

Zum Notenwechsel mit Moskau erklärte Außenminister Eden, die zunehmenden kommunistischen Drohungen würden den Westen in seiner Entschlossenheit nur bestärken. Er glaube nicht, daß der Abschluß des Europa- und des Deutschlandvertrages oder die wachsende Stärke des Westens ein Übereinkommen mit der Sowjetunion erschweren würden. Eine gesamtdeutsche Regierung, die aus eventuellen Wahlen hervorginge, müsse mindestens die gleiche Bewegungsfreiheit haben wie sie jetzt die Bundesregierung ausübe. Trotz schlechter Erfahrungen hätten die Westmächte aber die Pflicht, sich der genauen Bedeutung der sowjetischen Deutschlandvorschläge zu vergewissern und zu prüfen, ob sie nicht die Grundlage für eine Verständigung und Entspannung abgeben könnten.

Attlee schloß sich den Ausführungen Edens in einigen Punkten an und betonte, der Westen müsse jede Gelegenheit zu Verhandlungen mit den Sowjets wahrnehmen, sich jedoch vor langer fruchtloser Argumentation oder unvorbereiteter Aufnahme von Verhandlungen hüten.

Washington rügt Dodd und Colson

Ultimatum des Senders Peking an die UN

Tokio (UP). Die Brigadegenerale Colson und Dodd haben sich nach Tokio begeben, um General Mark Clark, dem neuen Oberbefehlshaber der UN-Truppen im Fernen Osten, persönlich über die Zwischenfälle im kommunistischen Kriegsgefangenenlager auf der Insel Koje zu berichten. In Washington wird das Verhalten Dodds und Colsons offen als „Stümperei" bezeichnet, die der kommunistischen Propaganda wertvolle Dienste geleistet habe. Die „Affäre Dodd" habe dem Prestige der UN im allgemeinen und dem der USA im besonderen erheblich geschadet.

In Pan Mun Jon erhoben die Kommunisten wiederum schwere Vorwürfe gegen die UN-Delegierten. Radio Peking forderte die Vereinten Nationen auf, in der Frage der Kriegsgefangenen nachzugeben oder aber „die Verhandlungen formell für beendet zu erklären."

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Aus der Stadt Ettlingen

Die Katze lief über den Weg

Es ist doch merkwürdig, daß eine ganze Reihe auch gebildeter Menschen niemals so recht darauf verzichtet, Schlimmes zu erwarten, wenn etwa Salz aus dem Salzfaß verschüttet wird. Das bedeutet Streit, heißt es. Und so ist es auch mit der Katze, die dir über den Weg läuft. Es soll kein gutes Vorzeichen sein, für das was du beabsichtigst. Viele raten dir, du sollst dabei sofort jedes Unternehmen abbrechen.

Da sind dann auch noch die anderen Anzeichen: Wenn uns die Ohren klingeln — ist es das rechte, so spricht jemand in der Bekanntschaft gut von uns; ist es das linke, so wird irgendwo etwas Schlechtes oder Bösartiges über uns gesagt. Oder: Wenn die Katze bei ihrem alltäglichen Putz mit den Pfoten über ihre Ohren streicht, soll man noch am gleichen Tage gute Nachricht erhalten. Oder: Wenn der Kuckuck wieder in dieser lenzlichen Zeit ruft! Man soll dabei auf den Geldbeutel klopfen, dann wird er nie leer. Das wäre zu schön, aber es ist zu unglaubwürdig. Eine andere Version lautet: Man soll beim Kuckuck-Ruf mitzählen, wie oft er ruft, so viele Jahre wird man nämlich noch leben, heißt es.

Es gibt viele Leute, die ernsthaft glauben, eine Schafherde zur Linken „bedeute" anderes als eben dieselbe Schafherde zur Rechten. Der Volksmund dichtete: „Schäfchen zur Linken, wird Freude mir winken!" „Schäfchen zur Rechten, gibt's etwas zum Fechten!" — Andere behaupten, wenn einer während eines Berichtes oder eines Gespräches nießt: Er beniießt's; das heißt, sie sehen darin eine unfehlbare Bestätigung des Gesagten. —

Drei Kreuze, beim Anschneiden eines Brotlaibes auf diesen gemacht, sollen ihn ergiebiger machen. Merkwürdigerweise soll man bei Nacht nicht in den Spiegel schauen, weil dann ein böser Geist oder gar der Teufel selbst herausschaue. Diese Regel sollen sich besonders abergläubische und eitle Frauen merken. Vor aller Zauberei aber soll der sicher sein, der Salz und Brot bei sich trägt.

Modeträume im „Vogelsang"

„Frühlingsträume der Frau" verkündeten die gelben Plakate, die für die Modenschau warben, die gestern abend im Höhenrestaurant „Vogelsang" gezeigt wurde. Wenn auch der Besuch nicht so zahlreich war, so waren die Modeträume um so umfangreicher, denn die Schau beschränkte sich nicht allein auf Frühjahrs- und Sommermoden aus dem Modehaus Grete Weisel, sondern auch Pelzmäntel von Gebr. Arzt wurden vorgeführt.

Jede Modenschau hat ihre eigene Atmosphäre und so war es auch gestern abend auf dem „Vogelsang", wo eine überaus reichhaltige Modeparade an der Frauenwelt vorbeidefilierte. Fast möchte man sagen diese Schau war zu reichlich, denn auch die interessierteste Frau ermüdet, wenn der Zauber der Mode zu lange dauert, denn dann verliert sie ihre Kraft über das schöne Geschlecht, das sich während der ersten beiden Stunden mit Begeisterung in dieses Erlebnis stürzte und nach drei Stunden fast teilnahmslos den Vorführungen zusieht.

Knöpfe und Schnallen an Kleidern und Mänteln, die während der letzten Saison in allen Dimensionen und Farben auftraten, haben wieder normale Formen angenommen. Besonders wirkungsvoll erscheinen die breit gestreiften, teilweise auch diagonal gestreiften Damenkleider. Eine neue modische Spielerei wurde in Form eines Mantels gezeigt, der sich durch Abknüpfen seines Unterteils in einen Rock verwandeln ließ. Großes Interesse brachte das Publikum den Darbietungen von Heinz Görrissen entgegen, der drei Kleider am lebenden Modell abstreckte. Die vorgeführten Koffer-Radioapparate stammten vom Radiohaus Becker, Foto-Drücke zeigte eine Fotoschau und Rudolf Hagel stellte den Schmuck. Günther Stocker und sein Ensemble sorgten während und zwischen den Vorführungen für die notwendige akustische und geistige Unterhaltung, für die ihn das Publikum mit reichem Beifall belohnte.

Die Bahnhofsbuchhandlung Ettlingen-Stadt

wurde am Dienstag von Frl. Johanna Rudmann eröffnet. Unter der schönen Linde beim „Grünen Winkel" erhebt sich das schräge Ovaldach. Das breite Rundfenster ermöglicht die Auslage von Zeitungen und anderem Lesestoff nach drei Seiten. Die Schüler, die frühmorgens aus dem „Bähnle" zur Schule eilen, können hier schnell noch ein Heft oder einen Radiergummi kaufen. Gegen abend, wenn die Berufstätigen in ihre Heimatorte zurückkehren, suchen sie sich am neuen Kiosk noch etwas zum Lesen aus. Die Durchreisenden finden hier Reiseandenken, Briefmarken und Postkarten. Die auswärtigen Leser der Leihbücherei Rudmann können am Kiosk den nächsten Roman abholen. So wird das helle Häuschen am Ettlinger Stadtbahnhof für viele sehr schnell ein Begriff werden. Ist es nicht zugleich auch ein Versprechen für die Verschönerungen, die an den Gebäuden der Albtalbahn zu wünschen sind?

Die Pünktlichkeit der Post

wird seit Mittwoch durch eine neue Siemens-Uhr im Hof des Postamts unterstützt. Mehrmals am Tag wird mit der Kraftpost oder der Albtalbahn die Brief- und Paketpost pünktlich zu den Karlsruher Anschlüssen befördert. Da der Umbau des Schalterraums wohl noch etwas Zeit erfordert, wäre es für viele Kunden der Post sehr erwünscht, wenn einer der bisherigen Schalter abends 1—2 Stunden länger geöffnet bleibt.

Das Deutschlandlied im Rundfunk

Die vom Bundespräsidenten Heuss zur deutschen Nationalhymne proklamierte dritte Strophe des Deutschlandliedes wird jeden Abend am Schluß des Sendeprogramms gespielt werden. Dieser Beschluß wurde von den Intendanten der westdeutschen Rundfunkanstalten auf ihrer Tagung in Baden-Baden gefaßt.

180 Hektar Brachland im Landkreis

Landrat Groß: Eine Aufgabe, die über die Kompetenz des Kreises hinausgeht

Wie Landrat Groß auf der letzten Kreisratssitzung bekanntgab, hat Landwirtschaftsrat Dr. Gerner eine Schätzung der brachliegenden Nutzflächen vorgenommen und ist dabei auf ein überraschendes Ergebnis gestoßen: Rund 180 Hektar Boden sind im Landkreis Karlsruhe unbebaut. Die Entwicklung schreitet in Richtung auf eine weitere Verödung der Felder weiter fort. Die Hauptgebiete liegen in Grötzingen, Söllingen, Jöhlingen, Mörsch, Forchheim, Neureut und Ettlingen.

Diese brachliegenden Felder bedeuten eine Gefahr für die bebauten Fluren und Wiesen. Denn in ihnen entwickeln sich Schädlinge aller Art, nicht zuletzt aber auch Unkraut, völlig ungestört. Eine solche Unkrautpflanze streut Millionen von Samen um sich. Dadurch wird weiteren Kleinstbauern — nur um solche handelt es sich — die Arbeit erschwert und sie geben den aussichtslosen Kampf auf, zumal sie, erst einmal in der Industrie angestellt, müheloser verdienen und billiger leben. Nur die wenigsten unter ihnen entschließen sich, das dort erworbene Geld in die kleine Landwirtschaft zu investieren. Denn zumeist besitzen sie weder Geräte noch Zugtiere (und damit auch keinen Dung), ja, durch die immer weiter fortschreitende Parzellisierung würde sich die Anschaffung dieser für eine landwirtschaftliche Arbeit unerläßlichen Utensilien nicht rentieren. Andererseits werden die der Landwirtschaft treugebliebenen Bauern durch die Übernahme betriebsfremder Arbeiten von Jahr zu Jahr mehr in Anspruch genommen und es ist nur noch eine Frage der Zeit, bis die Nächsten die Scholle verlassen. Denn immerhin zeigt die Lohnstatistik, daß ein Hilfsarbeiter in der Stadt bis zu 250 DM verdient, dies aber unter leichterem körperlichem Einsatz. Es bedeutet nun absolut keine Lösung, wenn — wie Grötzingen dies tat — einige Hektar aufgeforstet werden. „Primäre Lebensgrundlage ist die Ernährung", meinte dazu der Landrat. Man dürfe keine Maßnahme versäumen, die den Radikalismus der vertriebenen Bauern fördern könne. Hier aber Abhilfe zu schaffen, gehe über die Kompetenz des Kreises hinaus.

Größere Parzellierung und Feldbereinigung

Interessant waren in der Aussprache die Meinungen der Kreisräte. Der Bürgermeister von Neureut sah eine weitere Flucht in die Fabrik voraus, besonders bei der stadtnahen Bevölkerung auf der unteren Hardt, deren Felder ohnedies auf kargem Land liegen: „Nur eine größere Parzellierung hilft!" rief er aus. Das Allmendgelände, soweit es ebenfalls brach liege, müsse zusammengefaßt und in größerer Fläche verpachtet werden, damit sich ein Anbau lohne. Das aber setze eine in der Bürgerversammlung getroffene Vereinbarung voraus.

„Nur die Feldbereinigung hilft!" meinte der Leiter des Bauernverbandes, Kreis Karlsruhe, Kreisrat und Bürgermeister Süß aus Graben. Diese Aktion aber sei erst im Verlaufe eines Jahrzehnts im ganzen Landkreis durchzuführen. Vorerst müsse der Idealismus der Jugend wieder gehoben werden; denn die Jungen wollten nicht mehr auf dem Lande bleiben.

Grundsätzlich sprach sich auch Kreisrat Bender für die Durchführung der Feldbereinigung aus. Aber vorerst müsse man den säumigen Brachlandbesitzern einfach die Vernichtung der Schädlinge und des Unkrautes zur Auflage machen. Kreisrat Bender legte im übrigen den Finger auf eine böse Wunde: Die Realteilung. Wäre, so meinte er, die Feldbereinigung durchgeführt, dann mache die Realteilung die ganzen Erfolge bald wieder zunichte. Die Lösung müsse auf höherer Ebene gefunden werden. Der warnenden Zeichen seien viele: So gebe es in Grötzingen keinen Bauer, der weniger als 45 Lebensjahre zähle! Kreisrat Hetzel fügte an, daß vor allem die Frauen nicht mehr auf dem Lande bleiben wollten.

Landtagsabgeordneter und Kreisrat Rimmelspacher (Ettlingen) schlug die Schaffung von Gemarkungsplanung vor, die das Land um eine Gemeinde in Zonen teile: in unmittelbarer Nähe des Ortsbereiches der Kleinbesitz, weiter entfernt das in größere Komplexe geordnete Feld, dem man eine rentable maschinelle Bearbeitung angedeihen lassen könne. — Bürgermeister Riehm: Dann müßten aber für die Gemeinde gesetzliche Handhaben geschaffen werden, die ihr erlaubten, Gelände an sich zu ziehen.

Landrat Groß geißelte zum Schluß der Debatte die Mißstände, wie sie durch veraltete Gesetze, die unter anderen Voraussetzungen geschaffen wurden, heute auf dem Lande herrschten. Man kenne augenblicklich „drei Arten von Bürgern": den „genußberechtigten" alteingesessenen Altbürger, den nicht am Bürgernutzen beteiligten Bürger und den Neubürger. „Es scheint mir an der Zeit, daß dieser alte Zopf abgeschnitten wird", meinte er. Diese Dinge müßten auf Landes- oder Bundesebene behandelt werden. Die Entwicklung im Landkreis Karlsruhe aber gehe deutlich genug aus den Zahlen hervor, wie sie noch von der Lebensmittelbewirtschaftung her bekannt seien: Damals beantragten von 140 000 Einwohnern allein 95 000 die Normalverbraucherkarte. Die Landflucht habe weitere Kreise gezogen.

Landwirtschaftsrat Dr. Gerner forderte zum Schluß der interessanten Debatte konkrete Anweisungen für die Feldpolizei oder darüberhinaus Kreisverordnungen, um wenigstens der Unkraut- und Ungezieferplage Herr zu werden.

Verkehrsunterricht in der Schule

Ausschneiden und in die Schule mitnehmen

IV. Wie muß ein Fahrrad ausgerüstet sein, daß es den Vorschriften der Straßenverkehrsordnung entspricht!

1. Fahrräder müssen mit mindestens einer heltönenden Glocke versehen sein.
2. Jedes Fahrrad muß zwei voreinander unabhängige Bremsen haben. In der Praxis sind es Freilauf (Rücktrittbremse) und Handbremse. Diese beiden Bremsen müssen in Ordnung sein.
3. Fahrräder müssen bei Dunkelheit oder starkem Nebel rote Schlußlichter führen. Werden elektrische Schlußlichter benutzt (was meist der Fall ist), so müssen diese nach Erlöschen den Vorschriften eines roten Rückstrahlers entsprechen. Erstmalig nach dem 1. 10. 1940 in den Verkehr gebrachte Fahrräder müssen außerdem an beiden Seiten der Tretteile (Pedale) Rückstrahler von gelber Färbung führen. Die Rückstrahler dürfen weder verdeckt noch verschmutzt sein.
4. In Bewegung befindliche Fahrräder müssen bei Dunkelheit oder Nebel Lampen führen, die ihre Fahrbahn beleuchten und andere Verkehrsteilnehmer nicht blenden. Das Licht darf nur weiß oder schwach gelb sein und muß auf 300 m sichtbar sein. Die Lampen müssen am Fahrrad so angebracht sein, daß während der Fahrt ihre Neigung zur Fahrbahn nicht verändert werden kann, d. h. also, die Fahrradlampe darf während der Fahrt nicht bewegt werden können. Der Lichtkegel muß so geneigt sein, daß seine Mitte in 5 m Entfernung vor der Lampe nur halb so hoch liegt- wie beim Austritt aus der Lampe. Beispiel hierzu: Wenn die Lampe am Fahrrad 1 m über dem Boden angebracht ist, so muß der Lichtkegel bei 5 m Entfernung vor der Lampe nur noch 50 cm über dem Boden liegen.

Die Kanalisation der Badenertorstraße

beginnt am Montag, 19. Mai. Während der Arbeiten ist die Badenertorstraße für den Durchgangsverkehr gesperrt. Die Gehwege werden für den Fußgängerverkehr freigehalten.

Badische Kunsthalle Karlsruhe

Die im Badischen Kunstverein, Karlsruhe, Waldstraße 3, gezeigte Ausstellung von Werken „Internationaler Surrealisten" wird am Sonntag, 18. Mai, 13 Uhr geschlossen. Auf vielseitigen Wunsch wird am Samstag, 17. Mai, 15.30 Uhr eine Führung durch die Ausstellung durch Herrn Dr. Würtenberger stattfinden.

Mit dem Fidelen Sonntagsbummler zum Trifels und zu den Dahner Felsenschlössern

Am kommenden Sonntag, 18. Mai, fährt der Fidele Sonntagsbummler in das südpfälzische Felsen- und Burgenland. Als Ausflugsziele sind bei dieser Fahrt die alte Trifelsstadt Annweiler und das im Herzen der „Pfälzischen Schweiz" gelegene schöne Städtchen Dahn ausgewählt worden.

Ein Besuch auf der Staufenburg „Trifels" oder eine Wanderung unter kundiger Führung in der eigenartigen, vom Verkehr nur wenig berührten Dahner Landschaft mit ihren zahlreichen romantischen Ruinen und seltsam geformten bizarren Felsenburgen wird für alle Beteiligten sicherlich zu einem starken Erlebnis werden.

Am Nachmittag findet für beide Gruppen im Hohenstaufensaal in Annweiler ein Bunter Nachmittag mit Tanz statt.

Die Verkehrszeiten des Sonderzuges: Karlsruhe Hbf ab 7.15 Uhr, Annweiler an 8.52 Uhr, Dahn an 9.46 Uhr. Abfahrt in Dahn 13.52 Uhr, in Annweiler 19.00 Uhr. Rückkunft nach Karlsruhe Hbf 20.26 Uhr. Die Preise sind weitgehend ermäßigt. Anmeldungen nimmt bis Freitagabend die EZ entgegen.

Jugendhilfe Land bietet der Jugend das Jahr der Berufsfindung

Jungen und Mädel von 14 bis zu 17 Jahren, die Ausbildung, Lohn, geordnete Tätigkeit, reichliche, gesunde Kost, eine fröhliche Kameradschaft, Spiele, Sport, Singen, Wandern und eine gute Betreuung durch tüchtige Heimeltern suchen, können sofort oder später in die schönen Heime der „Jugendhilfe Land" aufgenommen werden. Dort bleiben sie ein Jahr — das Jahr der Berufsfindung. In der praktischen Arbeit mit Maschinen, Pflanzen, Tieren und Menschen und verschiedenem Material, in Lehrgängen und Berufsgesprächen können sie ihre besondere Eignung und Neigung für ihren Lebensberuf erkennen. Die Berufsberatung und der Lehrstellennachweis erfolgen in Verbindung mit den Arbeitsämtern. Im Rahmen der landwirtschaftlichen Berufe gilt das Jahr der Jugendhilfe Land als erstes Lehrjahr.

Aufgenommen werden in erster Linie kriegsfolgengeschädigte und andere hilfsbedürftige Jugendliche. Anmeldungen sind an die Jugendhilfe Land e. V., Stuttgart, Eugenstraße 16, Tel. 91 652, zu richten. Persönliche Besuche der Jugendlichen und der Eltern werden nach telefonischer Vereinbarung erbeten.

Die EZ gratuliert

Frau Elise Walter, Durlacher Straße 33, vollendete am 14. Mai ihr 70. Lebensjahr.

Den 72. Geburtstag konnte gestern unser Mitbürger Wilhelm Schreiber feiern.

Maurermeister Johann Klein, Erlenweg 2, vollendet am Freitag, 16. Mai sein 70. Lebensjahr.

Vereins-Nachrichten

Die Abzeichen für das Bockbierfest (20 Pf.) d. Musikvereins Ettlingen am 24., 25. u. 26. Mai sind ab sofort zu haben bei Zigarrengeschäft Krause, Zigarrenhaus Dietz und bei Friseur Jäger, Badenertorstraße. Die Einnahmen vom Verkauf derselben ist zur Deckung der Unkosten bestimmt.

Arbeitergesangverein „Eintracht". Da der Verein eine kleine Verpflichtung übernommen hat und sonst noch einige Dinge zu besprechen sind (Vereinsausflug), werden die Sänger um pünktliches und vollzähliges Erscheinen in der heute 20 Uhr stattfindenden Singstunde gebeten.

Schwerhörigenbund. Sonntag, 18. Mai, 15 Uhr, „Bavaria" Karlsruhe Vortrag Dr. Geyer über „Bedeutung und Zukunft der Eisenbahndirektion Karlsruhe", anschließend Unterhaltungsprogramm.

Kameradschaftstreffen des ehem. 3. Batl. Ettlingen

Am Samstag, 17. Mai, ab 20 Uhr treffen sich alle Kameraden des ehem. 3. Batl. Ettlingen mit ihren Angehörigen zu einem gemütlichen Beisammensein auf dem „Vogelsang". Selbstverständlich sind hierzu die Einwohner Ettlingens, die sich mit den Angehörigen der ehem. 109er noch verbunden fühlen, herzlichst eingeladen. Im Vordergrund dieses Treffens steht der Kameradensuchdienst.

Der VdK im Kampf um sein Recht

Wie sehr notwendig die Aufklärung und die Werbung aller noch dem VdK fernstehenden Kameradinnen und Kameraden ist, mag darin zu erkennen sein, daß alle künftigen sozialen Entscheidungen immer wieder unser persönliches Schicksal bestimmen. In unserer Verbandszeitschrift „Die Fackel" werden vor allem die Kriegerwitwen darüber unterrichtet, bei evtl. zustehender Heiratsabfindung die zweijährige Abschlußfrist nicht zu versäumen. Diese ist spätestens auf 30. 6. 52 festgelegt. Auch werden Richtlinien für die Gewährung von Erziehungsbeihilfen erläutert. Die vielen Fragen wegen Kapitalabfindung nach dem BVG behandelt ein ausführlicher Artikel, so daß manche Unklarheit damit behoben wird. Auch über die Heilbehandlung und Krankenbehandlung, die Leistungen usw. werden wir unterrichtet. Was wissenswert über die Sterbegeldversicherung ist, behandelt eine andere Abhandlung. Unsere Mitglieder werden darüber noch besonders benachrichtigt, wann die Werbung dafür einsetzt. Wer ein besonders rasches Interesse daran hat, soll uns das in der Sprechstunde am Samstag, 17. Mai, von 14 bis 17 Uhr im Schloß (Schloßhof rechts) mitteilen. — Die Mitglieder unserer Ortsgruppe sind zu einem Kriegsopfertreffen auf Sonntag, 8. Juni, nach Malsch eingeladen. Wer daran teilnehmen will, möge dies ebenfalls in der Sprechstunde sagen. — Über die Kinopreise wird neuerdings in Presse und Rundfunk verschiedenes bekanntgegeben. Wir in Ettlingen haben in den beiden Lichtspielhäusern kleinstädtische Preise und bekommen dafür als Schwerkriegsbeschädigte gegen Vorzeigen des Ausweises eine Ermäßigung von 20%. Solange keine andere Regelung der Preisfrage in Ettlingen eintritt, bleibt diese Vereinbarung weiterhin bestehen, wie dies auch in der Generalversammlung bekanntgegeben wurde. Sollte aber durch unsere Stadtverwaltung in der Frage der Vergnügungssteuer, die damit zusammenhängt und um die von uns aus eine Eingabe gemacht wird, eine andere Regelung zu erwarten sein, werden unsere Schwerkriegsbeschädigten davon benachrichtigt. H.S.

VHS

Heute 20 Uhr in der Aula

„Der Rundfunk mit Sendewagen bei uns zu Besuch"

Einblicke in die Tagesarbeit der Abteilung „Zeitgeschehen". Reporter und Toningenieure beantworten Fragen. Interviews mit Anwesenden werden auf Tonband aufgenommen. Eintritt: 50 Pfennig.

Aus den Albgau-Gemeinden

Busenbach

Busenbach. Auch ohne die früher üblichen Muttertagsfeiern wurde der diesjährige Muttertag nicht weniger festlich in der Familie gefeiert. Wohl keine Mutter dürfte an diesem Tag ohne ein kleines Geschenk geblieben sein. Selbst die Kleinsten konnte man am Samstag beobachten, wie sie auf der Suche nach irgendeinem Blumenstrauß waren. Und war es auch nur ein Strauß Feldblumen, die Hauptsache blieb, der Mutter konnte man eine Freude machen. Tonangebend blieben die von den Erwachsenen fabrizierten Kuchen, Torten sowie andere Süßigkeiten.

Wie sehr die Maiausflüge bei unserer Bevölkerung Anklang gefunden haben, konnte man am Sonntagfrüh beim Maiausflug des Gesangvereins „Freundschaft" feststellen. Auch diesmal mögen es nahezu 300 Personen gewesen sein (die älteren Jahrgänge dominierten), die in aller Herrgottsfrühe über Stupferich, Thomashof nach Hohenwettersbach zogen. Die dortige Pfarrkirche erwies sich an diesem Sonntag als zu klein um die vielen Besucher zu fassen, die ihrer Sonntagspflicht genügten, um gleichzeitig der von dem Männerchor des Busenbacher Gesangvereins vorgetragenen „Deutschen Messe" von Schubert zu lauschen. Besonders eindrucksvoll wurde der Schlußchor „Ave Maria" gesunden und vernommen.

Anläßlich seiner Vermählung brachte der Gesangverein „Freundschaft" sowie der Mu-

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

silkverein „Edelweiß" seinem Mitglied Egon Rädle am Abend des Hochzeitstages ein Ständchen. — Dem Ehepaar Erich Reichert wurde eine Tochter Ursula Rita geboren. — Folgende betagte Mitbürger können bzw. konnten ihre Geburtstage feiern: Am Montag, 12. 5., Walburga Seiberlich ihren 85., Friedrich Gloß seinen 79.; Dienstag, 13. 5., Otto Dilger, Gasthaus zum „Waldhorn", seinen 70.; Mittwoch, 14. 5., Jakob Wilh. Müller seinen 82. und am Freitag, 16. 5., Elisabeth Ochs ihren 78. Wir gratulieren herzlich. e

Aus Etzenrot

Viele Wege führen nach Etzenrot, doch keiner ist gezeichnet

So mancher Wanderfreund, der vergnügt den Graf-Rhena-Weg talauf schreitet oder versonnen den Spessarter Buckel herabsteigt, hält plötzlich am Wegesrand in Höhe des Neuroder Bahnhofs inne. Staunend eilt der Blick den Osthang hinauf zur Etzenroter Kirche und im Herzen regt sich ein unvergänglicher Vers aus der Jugendzeit: „Droben stehet die Kapelle, schauet still ins Tal hinab." Nach einer Weile zieht der Wanderer weiter, dieses schöne Bild als stille Freude mit sich tragend. — Kurz vor dem Busenbacher Bahnübergang mündet ein schattiger Waldweg in die belebte Talstraße. Die Kinder sowie geschäftstüchtige Vertreter wissen wohl, daß dieser Weg nach Etzenrot führt. Wie aber sollte das der landesunkundige Wanderer ahnen, der auf dem Wegweiser: „Waldweg nach Reichenbach" liest und brav nach links einbiegt? Dasselbe gilt, wenn man von Fischweier kommt. Welcher Fremde könnte wissen, daß der Weg rechter Hand am Steinbruch vorüber nach Etzenrot führt? Und wer in Langensteinbach (außer den Einheimischen) würde den Weg über die Barbarakapelle nach Etzenrot finden?

Man kann doch heute nicht mehr annehmen, daß die Menschen einen gesunden Orientierungssinn besitzen (siehe den politischen Irrgarten u. a. m.)! Man sollte vielmehr dem Nachbar, in unserem Fall dem Wanderer entgegenkommen und ihm in anmutiger Weise, so wie das auch anderswo geschieht, den Weg weisen und angenehm gestalten. Es gibt so viele und verschiedene Werbungsarten: Schilder eines Gasthauses zum Beispiel, Wegweiser oder Caféaushang usw.

Etzenrot hat guten Klang im Munde und liegt gar nicht so abseits wie manche gern denken. Es fehlen nur einige geschmackvolle Wegweiser, die den üblichen Talstrom an Sonn- und Feiertagen ableiten und viele Wanderer in unsere schöne Ortschaft bringen würden. Denn man braucht nicht unbedingt nach Heidelberg zu fahren um sein Herz zu verlieren! L.R.

Herrenalb

Herrenalb. Auf Antrag des Bürgermeisters Langenstein wurde von der Aufsichtsbehörde der Stadtgemeinde während der Sommerkurzeit 1952 Polizeistundenverlängerung an Sonntagen bis 1 Uhr erteilt. — Die Stadtpflege wird auf Grund einer überörtlichen Kassenprüfung auf Anordnung des Landratsamts beauftragt, für den alsbaldigen Eingang der rückständigen Steuern und der sonstigen laufenden Abgaben in jeder geeigneten Weise zu sorgen. Für verspätete Zahlungen werden Verzugszuschläge angesetzt. — Dem Volksbund Deutsche Kriegsgräberfürsorge wird der übliche Beitrag für das Jahr 1952 in Höhe von 50 DM bewilligt. — Auf Antrag des Forstamts Herrenalb-Ost wird die Jahresgebühr im Rahmen des bestehenden Wegbenützungsvertrags auf 300 DM erhöht. — Zu einem Baugenehmigungsantrag zur Erstellung eines Ladengebäudes auf der städt. Parzelle 20/2 in der Klostergasse wird die Zustimmung des Gemeinderats unter bestimmten Voraussetzungen erteilt. — Gegen ein Baugesuch des Touristenvereins „Die Naturfreunde", Ortsgruppe Ettlingen, werden keine Einwendungen erhoben. — Dem Forstamt Herrenalb-Ost wird mitgeteilt, daß die Stadtverwaltung beim Landessiedlungsamt beantragt, daß die Rodungsfläche zwischen dem Prediger- und Albtalweg und dem Wald im Nordosten des Wurstbergs noch nachträglich auf Grund des Bodenreformgesetzes zur Abgabe an die Pächter für landwirtschaftliche Zwecke herangezogen wird.

Die Preise für Dauerkurkarten werden gegenüber dem Vorjahr nicht geändert. Es werden erhoben: für Dauerkurkarten für Erwachsene 8 DM, Beikarte 3 DM und Besuchskarten für Kinder 1,50 DM. Die Kosten für Schneebahnen betragen laut Aufstellung des Bauamts im Winter 1952 rund 2200 DM. — Für den Ortsteil Kullenmühle, ausschließlich „Schöne Aussicht", wird die Kurtaxe in gleicher Höhe wie im Gaistal für Erwachsene auf 30 und für Kinder auf 20 Pf. festgesetzt.

Der Männergesangverein „Liederkranz" Herrenalb begeht in diesem Jahr die Feier seines 90jährigen Jubiläums und beabsichtigt aus diesem Anlaß ein Festkonzert im Städt. Kursaal gleichzeitig auch zum Gedenken des 125. Todestages Ludwig v. Beethovens zu veranstalten. Dem Antrage auf Überlassung des Kursaals am 14. 6. 52 wird entsprochen. — Die Gebühren für Tennisplätze werden für die Saison 1952 wie folgt festgesetzt: Platz pro Stunde und Person 1,50 DM und für eine 7-Stundenkarte 8,50 DM.

Bericht aus Spessart

Öffentliche Gemeinderatssitzung

Spessart. Wegen der recht dürftigen Teilnahme der Bürgerschaft an der letzten öffentlichen Gemeinderatssitzung, zu der drei Bürger erschienen waren, wurde ein zweiter Versuch unternommen und am 13. Mai wiederum eine öffentliche Gemeinderatssitzung einberufen. Es waren dazu mehr als drei, aber weniger als zehn Bürger gekommen, um an den Beratungen als stille Zuhörer teilzunehmen. Allzu großes Interesse dürften die zur Beratung stehenden Fragen beim „Publikum" kaum gefunden haben, denn plötzlich vor Beendigung der öffentlichen Sitzung waren die Bänke leer. Vielleicht sollte man solche Sitzungen doch zu einer andern Zeit abhalten. Die ehrenamtlich fungierenden Gemeinderäte müssen auch ihre Freizeit opfern.

Bei der Bekanntgabe des Haushaltsplanes für 1952/53 ergaben sich keine Anhaltspunkte zur Diskussion, da dieser Haushalt mit rund 161 000 DM Ausgaben durch ebenso viele Einnahmen ausgeglichen ist. Den einzelnen Positionen wurde summarisch zugestimmt. Außerordentliche Holzhiebe sind für außerordentlich notwendige Arbeiten in der Gemeinde, Weg- und Straßenausbesserung sowie zur Erstellung einer Autohalle für die Postkraftwagen vorgesehen. Der Bau einer Autohalle ist dringendes Bedürfnis geworden, da die „Post" der „Gemeinde" die Pistole auf die Brust gesetzt hat. Die Halle wird auf dem gemeindeeigenen Grundstück an der Grabenstraße mit Einfahrt von der Gartenstraße aus erstellt. Angrenzer ist Isidor Weber. Nach den vorliegenden Kostenvoranschlägen belaufen sich die Baukosten auf etwa 16—17 000 DM. Die Arbeiten werden an keinen Unternehmer vergeben; es wird lediglich ein Bauleiter beauftragt.

Der Bericht über die Handhabung des Bürgernutzens, Festsetzung der Entschädigung für nichtverausgabtes Bürgerholz und Erhebung von Holzhauerlohn für das verausgabte Bürgergabholz an die Bürger und Witwen brachte lediglich eine fertige Aufstellung, die anscheinend wenig Interesse fand. Nach den Einzelposten ergibt sich folgendes Bild: Der Bürgernutzen ist festgesetzt auf 3,30 Ster Holz pro Bürger. Bei einem Einheitspreis pro Ster von 13,50 DM ergibt sich ein Bürgernutzen in Geld von 44,50 DM. Verausgabt wurden je zwei Ster. Also ein Wert von 27 DM. Für Holzhauerlohn wurde berechnet pro Ster 5,60 DM, ergibt für 3,30 Ster 18,48 (18,50) DM. Das bedeutet, daß jeder Bürger noch rund 1 DM aufzahlen muß, obwohl er auch für das nicht erhaltene Holz (1,30 Ster) den Holzhauerlohn bezahlte. Die weiteren Punkte waren größtenteils Wiederholungen aus der vorhergehenden Sitzung und konnten rasch erledigt werden. Es wurde die Notwendigkeit der Ausbesserungsarbeiten an Wegen und Ortsstraßen noch einmal betont, die auf dem Weg der Notstandsarbeiten, ebenso wie die Erstellung der Autohalle soweit wie möglich durchgeführt werden sollen. Eine Erhöhung der Verwaltungsgebühren wurde abgelehnt. Die Kosten für die durchgeführte Baumspritzung belaufen sich auf einige Hundert Mark. Es muß daher eine Umlegung der Kosten auf die Baumbesitzer, deren Bäume gespritzt wurden, vorgenommen werden.

Völkersbach meldet

Völkersbach. Die Aufforstungsarbeiten im Gemeindewald sind abgeschlossen. Das Interesse war in diesem Jahr besonders groß. Es haben sich eine größere Zahl Kulturarbeiterinnen dazu verpflichtet. Rund 50 000 Pflanzen wurde in kurzer Zeit in den Boden gebracht. Die hier zum erstenmal verwandte Hohlspaten haben zu einer wesentlichen Verbilligung der Kulturarbeiten geführt. Bei nicht zu steinigem Boden lassen sich die zweijährigen Pflanzen sehr gut bearbeiten. Der Mahlberg, der südlichste Teil unseres Waldes, war in dieesm Jahr ein besonders schwieriges Problem der Aufforstung. Die große Wahrscheinlichkeit, daß hier noch mehrere Blindgänger aus dem letzten Krieg vorhanden seien, schob die Kulturarbeiten auf, so daß dieser Teil des Gemeindewaldes sehr stark verunkrautete. In den letzten Monaten hat man nun dieses Gelände von einem Minensuchkommando untersuchen lassen, was auch zur Bewahrheitung der Vermutung geführt hat. Man fand neben 8,8-Granaten noch mehrere Gewehrgranaten und Infanteriemunition. Nach der Säuberung von Sprengkörpern war es wieder möglich geworden, dieser Gemarkungsteil zu kultivieren und aufzuforsten. -ch-

Preisberichte der Erzeugergenossenschaften

(Erzeugerpreise in DM je 50 kg bzw. 100 Stück)

Erdbeeren, (Treib-) 800—750, Treibsalatgurken Stück 60—65, Kopfsalat Tr. Stück 5—14, Kresse 30, Spinat 15—19, Blumenkohl I Stück 75, Blumenkohl II Stück 65, Sellerie Stück 5—25, Karotten 20—35, Rettich Stück 10—35, Rettich Bund 20—30, Radieschen Bund 10—16, Lauch Stück 2—8, Kohlrabi Stück 20—40, Schnittlauch Bund 4, Petersilie Bund 3, Spargel I 117—153, Spargel II 117—120, Spargel III 95—107, Spargel IV 50—58.

Schweinemarktbericht vom 14. 5. 1952

Zufuhr: 69 Läufer 56 Ferkel, **Verkauf:** 35 Läufer 28 Ferkel. **Preis:** 120—150 DM das Paar Läufer 80—110 DM das Paar Ferkel

Geschäftsgang: mäßig

Marktbericht der Obst- und Gemüseerzeuger- und Absatzgenossenschaft Bruchsal

Spargelpreise am 13. Mai 1952

Spargel I 143—159; II 122—130; III 102—110; IV 56—61. Anfuhr 123 Ztr., Nachfrage gut.

Rheinwasserstand am 14. 5.:

Rheinfelden	— (—)	Konstanz 386	(+1)
Straßburg	360 (—3)	Breisach 278	(—28)
Mannheim	384 (+22)	Maxau 532	(+41)
		Caub 256	(+0)

Wettervorhersage

Donnerstag und Freitag teils wolkig, teils heiter und ziemlich trocken. Nächtliche Tiefsttemperaturen zwischen 3 und 6 Grad. Erwärmung auf 19—22 Grad, schwache in der Richtung veränderliche Winde.

Barometerstand: Veränderlich
Thermometerstand (heute früh 8 Uhr): +13°

ETTLINGER ZEITUNG
Südd. Heimatzeitung für den Albgau. Verantwortlicher Herausgeber: A. Graf. — Druck und Anzeigen-Annahme: A. Graf, Ettlingen, Schöllbronner Straße 5, Tel. 37 487

Seine große Liebe
gilt diesem bekannten Zeichen. Er weiß, was gut ist, und diese Marke bürgt für Qualität. Man kennt und schätzt überall die Eiernudeln „Birkel 7 Hühnchen" als ein besonders gelungenes Produkt nach altem Hausrezept:
BIRKEL 7 HÜHNCHEN
UNGEFÄRBT

Nach kurzem, mit großer Geduld ertragenem Leiden wurde am 14. Mai meine liebe, unvergeßliche Frau, unsere gute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Marie Kessler

geb. Rothmeier

im 47. Lebensjahr wohlvorbereitet in die Ewigkeit abberufen.

In tiefer Trauer
Jakob Kessler
Kinder und Anverwandte

Ettlingen, den 15. Mai 1952
Beerdigung am Samstag, den 17. Mai um 14.00 Uhr

Man muß sie probiert haben um zu wissen...
wie gut Sanella schmeckt!
Machen Sie diesen Versuch doch auch einmal und überzeugen Sie sich selbst davon, wie gut, wie frisch und rein Sanella schmeckt.* Fast jede zweite Hausfrau bevorzugt ja schon Sanella, den feinen Brotaufstrich, der allen schmeckt! Jetzt gibt es übrigens zu Sanella interessante und lehrreiche Afrika-Sammelbilder!
* 17 437 Hausfrauen wurden befragt, wie sie sich Margarine wünschen ... und so bekommen Sie heute Sanella!
Die frische SANELLA feiner im Geschmack!

Schuhe besser pflegen Pilo -polieren

Schützen Sie Ihre Kleider
gegen Mottenfraß
mit Naphtalin
Mottenkugeln
Globol: Pulver und Tabletten
Ind. Mottenkräuter
Rauchertabletten und -Pulver
Flit mit DDT
Bum Paral
Mottensäcke
Sicher zu haben
Badenia-Drogerie
Rudolf Chemnitz

Arterienverkalkung und hoher Blutdruck
mit ihren quälenden Begleiterscheinungen wie Herzbeschwerden, Schwindelgefühl, Nervosität, Reizbarkeit, Ohrensausen, Zirkulationsstörungen, allgemeiner geistiger und körperlicher Leistungsrückgang werden seit vielen Jahren durch Antisklerosin-Dragees bekämpft. Antisklerosin enthält heilkräftige, blutdrucksenkende, herzregulierende Kräuterdrogen und -extrakte, eine seit vierzig Jahren bewährte Blutsalz-Komposition sowie Mediavitin, das die Adernwände elastischer macht. Das 200 000 fach erprobte Antisklerosin greift die Beschwerden gleichzeitig von mehreren Seiten her wirkungsvoll an. 60 Dragees DM 5.45. Kurpackung 360 Dragees DM 11.80. In allen Apotheken.

Bonbücher
FÜR GASTHÄUSER
empfiehlt
Buchdruckerei A. Graf
Ettlingen Schöllbr. Str. 5

Mietverträge
sind erhältlich bei
Buchdruckerei A. Graf

Zur Schädlings-Bekämpfung
I. Obst-, Wein- u. Gartenbau
Kupferkalk „Wacker"
„Wacker 83"
Weinbergschwefel
Gelber Schwefel
Gesarol, Viton
Nexit geg. Rapsglanzkäf.
Gamma-Nexit, Streu-Nex
Nirosan, Kupfernirosan
Solbar, flüss. Schwefel
E 605 Staub, E 605 Folidol
ESEX Zerstäuber
empfiehlt
Badenia-Drogerie
Rudolf Chemnitz

Der bekömmliche
Sport-Stumpen
mild und würzig
garantiert ohne Papier
nur 10 Pfennig
empfiehlt
Zigarrenhaus DIETZ
Groß- und Kleinhandel
Leopoldstr. 6 - Tel. 37675

BEKANNTMACHUNGEN

Arbeitsamt Karlsruhe (offene Stellen)

1 Stahlbauingenieur
1 Brückenkonstrukteur
1 Arbeitsvorbereiter
REFA-Ingenieure
Schwachstrom-Ingenieure (TH)
1 Fischverkäufer
1 Möbelverkäufer
1 Lebensmittelverkäufer mit engl. Sprachkenntnissen
1 Expedient für Lebensmittelgroßh.
2 Stenotypisten bis 22 Jahre
1 kaufm. Angestellter für Ersatzkrankenkasse
3 männl. Kräfte m. engl. Sprachkenntn. (Alt. b. 18—20 J.)
6 Bäcker m. Konditorkenntnissen, led., 18—22 Jahre
1 Bäckermeister, erste Kraft, bis 28 J.
1 Metzger, selbst. Arbeiten gewöhnt, ledig, bis 25 Jahre
1 Zuschneider für Bekleidungsgeschäft (Lederhosen)
1 Illustrationsdrucker, erste Kraft, bis 28 Jahre
1 Werkzeugschleifer, perf.
3 Rundschleifer, perf.
1 Zahnradflankenschleifer, perf.
1 Stahlgraveur, perf.
4 Feindrahtweber, erste Kraft
2 Gürtler, nur Gabloonzer
3 Automechaniker, Führerschein II
2 Uhrmacher, nur Glashütter
1 Schnellwagenjustierer, erste Kraft
1 Autoblechner, erste Kraft
5 Rundfunkmechaniker
1 Rollladenmacher, nur perf. Kraft mit langjähr. Berufserfahrung
1 Jungkoch, 18 bis 23 Jahre
2 Küchenhilfen, Alter bis 30 J., Kost u. Wohnung im Hause, Nettogehalt 80.— bis 100.— DM
Techn. Zeichnerinnen
1 med. techn. Assistentin
Jg. Lebensmittelverkäuferinnen
1 Fischverkäuferin
1 Metzgereiverkäuferin
1 Verkäuferin mit engl. Sprachkenntn.
Stenotypistinnen für Behörde
1 Sekretärin für Rechtsanwalt
Kontoristinnen
1 Fremdsprachenkorresp., engl. und franz., perf., für Industrie grs.
1 Strickerin für Handrundstrickmasch.
1 Korsettzuschneiderin
1 Pelznäherin
Mehrere Friseusen
Weibl. Arbeitskräfte im Alter von 18 bis 22 Jahren, die Interesse haben, als Bedienung in guten Restaurants angelernt zu werden, wollen sich beim Arbeitsamt Karlsruhe melden. Gelegenheit zum Besuch eines Servierkurses, ohne persönliche Kosten, ist gegeben.

Das Arbeitsamt Karlsruhe hat für Beschäftigte Abendsprechstunden eingeführt und zwar mittwochs von 17 bis 19 Uhr.

Viel bewundert
wird meine Wohnung seit BODOSAN die Böden pflegt. Dieses Hartglanzbohnerwachs ist sparsam im Gebrauch und gibt trotzdem einen überraschend schönen naßwischbaren Spiegelhochglanz.
BODOSAN Hartglanz-Bohnerwachs
Drogerie Schimpf, Inh. W. Lehmann

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Umschau in Karlsruhe

„900-Millionen-Schwindel entlarvt!"

Karlsruhe (swk). Schlagartig wurden im ganzen Bundesgebiet in den Stunden des stärksten Passantenverkehrs in den Städten Flugblätter verteilt, die die sensationelle Überschrift trugen „900-Millionen-Schwindel entlarvt!". In der Flugschrift wird an Hand einer Lohnsteuertabelle nachgewiesen, daß die von der Opposition gegen die Bonner Koalition aufgestellte Behauptung, daß durch die Einkommensteuerreform von 1950 der Großindustrie ein Steuergeschenk von 900 Millionen gemacht worden sei, „eine politische Lüge ist". Gerade die kleinen Einkommen seien wesentlich entlastet und die größeren vielfach stärker belastet worden. „Ist das unsozial?", fragt das Flugblatt abschließend, für das als Herausgeber die „Union in Deutschland" verantwortlich zeichnet.

Karlsruhe. Der Eisenbahnertechnikertag des technischen Bundesbahnpersonals der Eisenbahndirektionen Karlsruhe und Stuttgart findet in diesem Jahr am 24. und 25. Mai in Karlsruhe statt. (lsw)

Karlsruhe. Dem Präsidenten des Verbandes landwirtschaftlicher Genossenschaften in Baden, Dr. h. c. Georg Keidel, wurde das Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik verliehen. (lsw)

Aus der badischen Heimat

Sextaner in Nöten

Heidelberg (swk). Man kann so einen kleinen Kerl schon verstehen. Das Herz blutete ihm, als sein erstes mit Mühe gebasteltes Modellflugzeug, das sich beim Wettfliegen bewähren sollte, beim Flugversuch oben auf einer 30 m hohen Tanne hängen blieb. Da stand der Sextaner nun und wußte nicht, was beginnen. Aber dann kam ihm ein rettender Gedanke. Wozu gab es in Heppenheim eine Feuerwehr mit langen Leitern? Brennen tat es ja nicht jeden Tag. Der Brandmeister strich sich nachdenklich ob der seltsamen Bitte den Bart. Ließ sich in diesem Falle eine Hilfe mit den Dienstvorschriften vereinbaren? Egal, der große Wagen fuhr an Ort und Stelle und obwohl er auf dem weichen Waldboden schwer vorwärtskam — es mußten erst Bohlen unterlegt werden — hatte der zielbewußte Junge nach einiger Zeit das Resultat seiner wochenlangen Arbeit wieder in den Händen. — Gut gemacht, Herr Brandmeister. Für einen Elfjährigen bedeutet so ein Ding mehr als für einen Erwachsenen das modernste Stratosphärenflugzeug.

Glück muß der Mensch haben

Heidelberg (swk). In den Nachmittagsstunden stieß ein Volkswagen außerhalb des Stadtbildes von Heidelberg mit einem anderen Kraftfahrzeug zusammen. Er wurde dabei auf ein Ackerfeld geschleudert und überschlug sich zweimal. Wie durch ein Wunder erlitten die beiden Insassen nur ganz geringfügige Verletzungen.

Heidelberg. Die Höhenluft-Therapie gegen Keuchhusten ist in Heidelberg an einem zweijährigen Jungen erneut mit Erfolg angewandt worden. (lsw)

„Schlagfertige" Verkehrssünderin

Mannheim (lsw). Als besonders „schlagfertig" erwies sich eine 21jährige Radfahrerin, die von einem Polizeibeamten wegen verkehrswidrigen Verhaltens in einer Mannheimer Einbahnstraße angehalten wurde. Die Verkehrssünderin begann nicht nur den Beamten zu beschimpfen und zu beleidigen, sondern schlug sogar mit der Luftpumpe auf ihn ein und biß ihn in die Hand. Das „starke Geschlecht" setzte sich jedoch schließlich durch. Die resolute Radfahrerin wurde zur Feststellung ihrer Personalien zur Polizeiwache gebracht.

Mannheim. Der Mannheimer Oberbürgermeister, Dr. Heimerich, ist in die von der Bundesregierung gebildeten Sachverständigenkommission für die Neugliederung des Bundesgebietes berufen worden (lsw)

Gesellschaft für Personalwesen tagt

Weinheim (lsw). Die Deutsche Gesellschaft für Personalwesen e. V. wird am 16. und 17. Mai in Weinheim auf einer Tagung neue Wege auf dem Gebiet der Besoldungs- und Versorgungsreform erörtern. Zu der Tagung werden 60 bis 70 Vertreter der Bundes- und Länderministerien, der Landespersonalämter und der Gewerkschaft erwartet.

Landes-Obstbautagung in Offenburg

Offenburg (ZSH). Vom 17. bis 19. Mai findet in Offenburg eine gemeinsame Haupttagung der badischen Landes-Obstbauverbände statt. Auf einer großen öffentlichen Versammlung werden am 18. Mai in der Stadthalle Professor Dr. Hilkenbäumer, der Leiter des Institutes für Obstbau an der Universität Bonn über „Wichtige Tagesfragen im heimischen Obstbau" und Diplom-Gärtner Hesse von der Bundesforschungsanstalt für Lebensmittelfrischhaltung in Karlsruhe über die „Neuen Erfahrungen in der Obst-Kühllagerung" sprechen. Eine Lehrfahrt in das mittelbadische Obst- und Weinbaugebiet wird sich an die Tagung anschließen.

Prof. Metz gegen weitere Zurücksetzung

Freiburg (lsw). Eine Vorlesung über „Südwestdeutsche Landschaften", mit der Professor Dr. Friedrich Metz seine Lehrtätigkeit an der Universität wieder aufnehmen wollte, konnte nicht stattfinden, da das Rektorat der Universität den von Professor Metz angeforderten Hörsaal dem Studentenkabarett „Die Amnestierten" zur Verfügung gestellt hatte. Prof. Metz erklärte dazu, er habe nicht die Absicht, sich eine solche Zurücksetzung länger bieten zu lassen und wolle die Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses beantragen, der seinen Fall klären soll.

Tragischer Tod einer Hilflosen

Freiburg (swk). Auf Veranlassung der Hausbewohner drang die Polizei in die Wohnung einer 57 Jahre alten alleinstehenden Frau, die seit einiger Zeit vermißt wurde. Sie fand nur noch die Leiche. Die Unglückliche muß bei einem Schwächeanfall ohne jede Hilfe gestorben sein.

Sie kannten das Deutschlandlied nicht

Freiburg (lsw). Der Lehrer einer Landwirtschaftsschule im Kreise Freiburg hatte die Schüler von drei Klassen des Jahrgangs 1938 nach dem Deutschlandlied gefragt. Dabei stellte sich heraus, daß von 127 Schülern keiner auch nur eine Strophe des wieder zur Nationalhymne erkorenen Liedes kannte.

Dr. Person aus Amerika zurückgekehrt

Freiburg (lsw). Der südbadische Landtagspräsident Dr. Person ist von einer dreimonatigen Amerikareise zurückgekehrt. Dr. Person studierte während seines Aufenthaltes in den USA gemeinsam mit anderen deutschen Parlamentariern das parlamentarische Leben in einigen nordamerikanischen Staaten.

Bau eines Stauwerkes geplant

Zur Wasserversorgung von Freiburg

Freiburg (swk). Es hat sich herausgestellt, daß die bisher erschlossenen Quellen für die Wasserversorgung Freiburgs bald nicht mehr ausreichen werden. Es ist notwendig, die Wasserzufuhr mindestens zu verdoppeln. Es ist daher geplant, südostwärts von Freiburg bei Oberried an den Gebirgshängen des Schwarzwaldes ein Stauwerk mit einem 300 m langen Staudamm und einem 2 km langen Stausee zu errichten. Es könnte täglich bis zu 80 000 cbm Wasser liefern und außerdem zur Erzeugung elektrischer Energie ausgenutzt werden. Es müßten hierbei Häuser beseitigt werden, die auf dem Gebiet des Stausees liegen. Ein zweites Projekt sieht den Bau von Pumpanlagen in der Rheinebene vor, durch welche Grundwasser in die Stadt geleitet werden soll.

Freiburg. Der amerikanische Negergeistliche Rev. Max Murphy aus Trinidad besichtigte Einrichtungen der Freien Wohlfahrtspflege, Krankenhäuser und Flüchtlingslager in Freiburg und anderen Orten Südbadens. (lsw)

Freiburg. Der Landesverband Südbaden im Verband der Heimkehrer und Vermißten-Angehörigen zeigt vom 20. bis 30. Juni in Freiburg die Ausstellung „Kriegsgefangene reden".

Entzauberter „Hexenspuk"

Leichtgläubigkeit und Aberglaube

St. Blasien/Schwarzwald (lsw). Ein „Hexenspuk", der in einer Schwarzwaldgemeinde lange Zeit die Gemüter erregt hatte, verlor jetzt in der nüchternen Atmosphäre eines Amtsgerichts all seinen angeblichen Zauber.

Als Klägerin trat eine Frau auf, der von einem Teil ihrer dörflichen Umwelt geheime Kräfte und finstere Absichten unterschoben wurden. Insbesondere bezichtigte man sie, Kinder „verhext" zu haben. Ein Kommunionkleid, das die Frau einem Kinde schenkte, wurde von den entsetzten Eltern aus Furcht es könnte Unheil bringen, verbrannt. Für alle Unfälle und boshaften Streiche, die sich in der Gemeinde ereigneten, machte man die „Hexe" verantwortlich. Die verfemte Frau sah schließlich keinen anderen Weg, als sich an die Gerichtsbehörden zu wenden.

Bei dem Beleidigungsprozeß, den das Gericht öffentlich in der betreffenden Gemeinde abrollen ließ, stellte sich der ganze „Hexenspuk" als eine Mischung von primitiver Leichtgläubigkeit, nachbarlicher Böswilligkeit und Aberglauben heraus. Die angeklagten Dorfeinwohner mußten schließlich einsehen, daß in ihrer Gemeinde alles mit rechten Dingen zuging. Die Angeklagten wurden dazu verurteilt, öffentlich ihr Bedauern über die leichtfertigen Beschuldigungen auszusprechen.

Schopfheim. Das von der Stadt Schopfheim mit einem Kostenaufwand von rund 300 000 DM gebaute neue Schwimmbad wird voraussichtlich im Laufe des Juni fertiggestellt sein. (lsw)

Ein Film vom Hochrhein

Waldshut (swk). Im Benehmen mit dem Verkehrsverein Waldshut und Vertretern von Industrie, Handel und Gewerbe wird die Rheinische Filmproduktion Karlsruhe einen in seinem Umfang noch nicht genau feststehenden Streifen aus dem Hochrheingebiet drehen. Das Projekt ist bereits über das Anfangsstadium hinaus gediehen. Geplant ist, ein Gebiet zu erfassen, welches ungefähr abgegrenzt wird vom Rheinfall Schaffhausen, Rheinau, Stühlingen, St. Blasien, Säckingen, Rheinfelden, Lörrach, Hotzenwald und Waldshut. Aufnahmen zu dem Film „Land und Leute am Hochrhein" — der endgültige Titel steht nach Informationen von swk noch nicht fest — wurden bereits in Waldshut und Tiengen gedreht.

Tauchkommando sucht nach Munition

Überlingen (lsw). Das badische Ufer des Bodensees wird seit einigen Tagen von einem Tauchkommando nach Waffen und Munition abgesucht, die bei Kriegsende im See versenkt worden waren. Bei dem niederen Wasserstand des Frühjahrs waren allein vor dem Gebiet des Überlinger Westbahnhofs 35 Kisten mit Flakmunition entdeckt worden. Die Suchaktion wurde vorgenommen, weil Munition auch bei langem Lagern unter Wasser nicht ihre Gefährlichkeit verliert.

DGB-Delegationen bei den Regierungen

Beamtenbund gegen Einbeziehung in das Betriebsverfassungsgesetz

Stuttgart (lsw). Delegationen des Deutschen Gewerkschaftsbundes suchten die Regierungen in Stuttgart und Tübingen auf, um ihnen die Wünsche des DGB zum Betriebsverfassungsrecht vorzutragen. Da der südwestdeutsche Ministerpräsident Dr. Maier und Arbeitsminister Hohlwegler in Bonn weilten, sprach die Stuttgarter Delegation, die vom Landesbezirksvorsitzenden des DGB, Wilhelm Kleinknecht geführt wurde, bei dem württemberg-badischen Arbeitsminister Stetter vor. Stetter erklärte sich bereit, den Ministerpräsidenten um eine Aussprache mit den Gewerkschaften zu bitten. Bei dieser Besprechung wollen die Vertreter des DGB die südwestdeutsche Regierung vor allem auffordern, für eine Verbesserung des von der Bundesregierung vorgelegten Entwurfs eines Betriebsverfassungsgesetzes im Sinne der in Südwestdeutschland geltenden Betriebsrätegesetze einzutreten.

In Tübingen teilte eine DGB-Delegation, die vom Bezirksleiter von Württemberg-Hohenzollern, Fleck, geführt wurde, dem Staatspräsidenten Dr. Müller mit, daß das in Württemberg-Hohenzollern geltende Betriebsrätegesetz sich gut bewährt habe und die Gewerkschaften voll zufrieden stelle. Auch die Zusammenarbeit zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern in Württemberg-Hohenzollern sei sehr gut. Der Gewerkschaftsbund werde alles unternehmen, um zu verhindern, daß aus der gegenwärtigen Situation von radikalen Elementen Kapital geschlagen werde. Er lege vor allem Wert darauf, daß die Gespräche zwischen der Bundesregierung und den Gewerkschaften wieder in Gang kommen und zu einer Verständigung führen. Staatspräsident Dr. Müller erklärte sich bereit, den Bundeskanzler über diese Besprechung zu unterrichten, wies aber darauf hin, daß die weitere Behandlung der Angelegenheit in das Aufgabengebiet der neuen südwestdeutschen Regierung falle.

Der Württemberg-Badische Beamtenbund wandte sich gegen die Forderung der Gewerkschaften, den öffentlichen Dienst mit in das Betriebsverfassungsgesetz für die freie Wirtschaft einzubeziehen. Hiergegen, so betont der Beamtenbund in seiner Erklärung, müsse die berufsbewußte Beamtenschaft mit aller Entschiedenheit Stellung nehmen. Als Trägerin hoheitlicher Aufgaben könne sie den Arbeitnehmern des privaten Rechts nicht gleichgestellt werden. Sie habe vielmehr den in der Verfassung begründeten Anspruch darauf, ihre eigenen Angelegenheiten durch unabhängige Sachkenner vertreten zu lassen, die das Vertrauen der Beamtenschaft genießen. Mit dieser Forderung verteidige die Beamtenschaft zugleich die Eigenständigkeit und Unantastbarkeit der öffentlichen Verwaltung

Kundgebung gegen die Betriebsverfassung

Die Betriebsräte von Mannheim beschlossen, am Freitag ab 15.00 Uhr die Betriebe stillzulegen und auf dem Marktplatz um 16.00 Uhr eine Großkundgebung aller Schaffenden zu veranstalten. Auf der Kundgebung wird der zweite Vorsitzende des Landesbezirks Württemberg-Baden des DGB, Wilhelm Reibel, sprechen. Die Bezirksleiter aller dem DGB angeschlossenen Gewerkschaften im Landesbezirk Württemberg-Baden haben sich nach Mitteilung unterrichteter Kreise mit den Plänen des DGB solidarisch erklärt und für entsprechende Maßnahmen gestimmt.

Auf silbernen Schwingen

Roman von Anita Hunter

Copyright by Hamann-Meyerpress durch Verlag v. Graberg & Görg, Wiesbaden

(1. Fortsetzung)

Sie ordnete die Tassen auf dem Tablett, nahm die Kanne in die Hand und balancierte sie geschickt den engen Gang entlang, der zu der Passagierkabine führte. Der Fluggast, der Reggie so ähnlich sah, hatte sich in seinem Sessel zurückgelehnt und die Augen geschlossen. Sheila sah, daß kleine Schweißtropfen auf seiner Stirn perlten. Sie beugte sich über ihn. „Wollen Sie nicht eine Tasse starken schwarzen Kaffee trinken, das tut gut!"

Zwei dunkle Augen blickten sie an, und wieder wurde Sheila von dieser dunklen, ein wenig verschleierten Stimme bezaubert: „Ja, das wäre schön! Vielen Dank, Senorita . . . nur ich fürchte . . " Sheila beugte sich noch dichter über ihn. „Luftkrank? Atmen Sie ganz tief und ruhig . . "

„Kleiner Unschuldsengel . . ich habe mehr als 20 000 Flugkilometer hinter mir, ohne ein einziges Mal luftkrank gewesen zu sein. Aber ich habe ganz scheußliche Schmerzen, eine dumme Sache! Blinddarm anscheinend." Er schloß die Augen, ein schmerzhaftes Zucken ging über seine schönen Züge. Sheila erschrak. Eine akute Blinddarmentzündung hier in 3 000 Meter Höhe! Sie tastete nach dem Puls der linken Hand, die seltsam leblos auf der karierten Reisedecke lag.

„Verstehen Sie etwas davon?" fragte die dunkle Stimme wieder. „Ja, ich war zwei Jahre lang Krankenschwester." Der Puls ging hart und nicht sehr regelmäßig. Wieder lief ein Zittern von den Mundwinkeln zur Stirn herauf. „Bleiben Sie ganz ruhig liegen", sagte Sheila. Sie sah sich rasch nach den anderen Passagieren um. Diese hatten sich anscheinend zurechtgefunden, tranken Kaffee und rauchten Zigaretten. Die ältere Dame war eingeschlummert. Die beiden Geschäftsreisenden spielten Karten.

„Tun Sie mir die Liebe an und kümmern Sie sich nicht um mich, Senorita, es wird schon vorübergehen", sagte Senor de Alveirez. „geben Sie mir die kleine silberne Flasche aus meiner Reisetasche, wenn es Ihnen keine Mühe macht. Da sind ein paar Tropfen drin, die mir mein Arzt verschrieben hat. Wie lange fliegen wir bis Chicago?" „Ein paar Stunden noch", sagte sie beruhigend. Ein Lächeln flog über das Gesicht des Mannes. „Ein paar Stunden — ja, das ist gut! Danke Senorita . . "

Er schloß die Augen. Das schöne Gesicht sah plötzlich erschreckend gealtert aus.

Er hält nicht durch, dachte Sheila, irgend etwas muß ich tun. Sie ging durch den schmalen Gang zur Pilotenkabine und öffnete lautlos die Tür. Bob Merryman führte die Maschine. Er lachte, als er Sheila sah. „Na, sind die Hasen artig?" fragte er. Er nannte alle Passagiere prinzipiell „Hasen". Sheila ging nicht auf den Scherz ein, sie winkte Heartle zu und flüsterte: „Wir müssen irgendwo zwischenlanden. Ich habe einen Passagier mit akuter Blinddarmentzündung. Neun Stunden hält er es nicht mehr aus."

„Bist du wahnsinnig geworden", fragte Heartle bissig zurück, „wir fliegen über 300 Quadratkilometer Waldgebiet im Augenblick. Außerdem wird es in einer halben Stunde stockdunkel! Wo sollen wir die Zwischenlandung vornehmen?" Heartle blickte sie ernst an: „Ich kenne dich, du schlägst keinen blinden Alarm. Ich werde versuchen, St. Louis oder Kansas anzufliegen." „Gut!" sagte Sheila und schloß die Tür — Sie ging in die kleine Küche und schenkte sich selbst eine Tasse Kaffee ein. Der heiße, starke Trank wirkte augenblicklich. Sie sah sich im Spiegel und war zufrieden. Ihr Mund war weich geschwungen. „Ein Mund, der Sehnsucht hat . . " hatte Reggie immer gesagt.

Warum mußte sie nur immerzu an Reggie denken? Das war doch vorbei, sie hatte es sich so fest vorgenommen, daß das vorbei war. Das Leben hatte sie dazu gezwungen, sie mußte arbeiten, ihr Brot verdienen und hatte keine Zeit, sentimental zu sein. Aber dieser Senor de Alveirez erinnerte sie so an den Mann, den sie geliebt hatte. Sie stäubte ein wenig Puder auf die Nase und zog mit einem hellroten Stift die Lippen nach. Es wurde verlangt, daß die Flugstewardessen immer wie aus dem Ei gepellt aussahen.

Die hellblaue Uniform mit dem kleinen schrägen Mützchen stand ihr gut, sie war schlank und nicht sehr groß. Beinahe wäre ihre Einstellung damals überhaupt daran gescheitert, daß sie nur 169 cm groß war, man verlangte 1,70 Meter, aber sie hatte sich so gestreckt, wie nur möglich, und dann war sie ja während des Krieges Schwester in einem Ambulanzflugzeug gewesen. Nun hatte sie schon 6 Monate Flugdienst auf dieser Linie hinter sich und drängte nach Urlaub. Da fiel ihr Hendrik Stonewell ein, der Mann, mit dem sie sich in Chicago verabredet hatte. Nun würde es nichts aus dem Rendezvous werden, denn wenn Heartle eine Zwischenlandung hatte, dann kamen sie sowieso zu spät nach Chicago. Stonewell hatte drei Jahre mit seinem Anruf gewartet — da machte es wohl nichts aus, wenn sie nicht kam. Sie konnte sich gar nicht so richtig an ihn erinnern. Na, das war auch gleichgültig, sie war nicht neugierig. — Ein Lichtzeichen blinkte auf, das bedeutete, daß sie zur Pilotengondel kommen sollte.

Mit freundlichem Lächeln ging sie an den Passagieren vorbei. Die alte Dame, die erwacht war, blickte sie ängstlich an. Sheila lachte ihr zu. „Geht es Ihnen gut?" fragte sie. „Darf ich Ihnen ein Butterbrot bringen?" Sie stopfte die Decke sorgfältig fest, reichte der Schauspielerin ein Blatt, das heruntergefallen war und ging dann zur Pilotenkabine.

Heartle schüttelte den Kopf: „Bodennebel in St. Louis und in Kansas. Da ist eine Landung ausgeschlossen. Meinst du nicht, daß der Mann warten kann, bis wir in Chicago sind?" „Ich werde nachsehen", sagte Sheila.

Sie ging zu Senor de Alveirez hinüber. Sie erschrak, als sie ihn sah. Er lag mit geschlossenen Augen in seinem Stuhl und stöhnte ganz leise. Als er Sheila sah, versuchte er zu lächeln, aber es wurde nur eine Grimasse. Sie legte ihm einen Moment ihre kühle Hand über die Augen. Als ihre Finger über seine Stirn streiften, merkte sie, daß diese glühend heiß war. Der Mann hatte hohes Fieber. Hier war keine Zeit zu verlieren. Ein Durchbruch des Blinddarms konnte den Tod bedeuten. Im Laufe der nächsten Stunden mußte der Mann unter ärztliche Behandlung kommen — sonst war es zu spät. Sie beugte sich dicht an sein Ohr. „Senor de Alveirez, können Sie mich verstehen?" Er öffnete seine dunklen, fiebrigen Augen. „Ja, Senorita, ja."

„Wir werden jetzt irgendwo zwischenlanden und dann kommen Sie unter ärztliche Behandlung. Es ist schon alles geordnet. Bleiben Sie nur ganz ruhig liegen!" Er ergriff ihre Hand und zog sie an die Lippen. Er küßte sie in die innere Handfläche, eine seltsam zärtliche Gebärde, die Sheila ganz plötzlich die Tränen in die Augen trieb. „Es wird alles gut werden", sagte sie tröstend. Wieder das Lichtsignal von der Pilotenkabine. „Ist etwas los?" fragte einer der Geschäftsreisenden mißtrauisch. „Nein, absolut nicht", sagte Sheila munter. Bob Merryman teilte ihr mit, daß Heartle versuchen wollte, auf dem Notlandeplatz Leonville herunterzugehen.

Der Radiotelegrafist saß, die Kopfhörer umgeschnallt, über seine Maschinerie gebeugt. „Eine Ambulanz soll bestellt werden", sagte Bob, „hoffentlich brauchen wir nicht eine für uns alle zusammen. Es ist ein scheußliches Wetter! Ein Nebel zum Durchschneiden, man kann nichts sehen." „Wann sind wir in Leonville", fragte Sheila. „In 10 Minuten, schnall die Hasen an, Blondie". Sheila ging zu den Passagieren zurück. „Wir werden in Leonville zwischenlanden", sagte sie fröhlich, „wir sind in 10 Minuten da, wollen Sie so freundlich sein und sich festschnallen!"

„Warum das?" fragte die Schauspielerin Ada Bell ärgerlich, „wir dürfen doch nicht mit Verspätung in Chicago ankommen. Sagen Sie, Miss, haben wir Verspätung?" Sie sah empört aus. (Forts. folgt)

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

AUS UNSERER HEIMAT

Eine einzige Geschützkugel machte Geschichte

Wie Tilly vor 330 Jahren den Markgrafen Friedrich von Baden-Durlach schlug — Der Heldentod des Herzogs Magnus

Obereisesheim liegt zwar eine gute Stunde von Wimpfen entfernt, die Entscheidungsschlacht zwischen dem von Tilly geführten kaiserlichen Heer und den evangelischen Truppen, die Markgraf Georg Friedrich von Baden-Durlach kommandierte, ist aber dennoch in unseren Geschichtsbüchern als „Schlacht von Wimpfen" verzeichnet. Vor genau 330 Jahren war es, als der Ligisten-General Tilly mit einem starken Heer bei Wimpfen stand, indes Ernst von Mansfeld sich in der Pfalz herumschlug, um sie für Friedrich V. zurückzuerobern, der als „Winterkönig" in Prag eine so unrühmliche Rolle gespielt hatte. Von Süden her marschierte der Durlacher Markgraf heran, um einen Einfall der Kaiserlichen in die protestantisch gewordenen Länder Württemberg und Baden zu verhindern.

Im Dornat-Walde trafen sich die Vorhuten, während Friedrichs Heer auf der Höhe von Obereisesheim eine feste Stellung bezog. Am Morgen des 6. Mai traten die Ligisten zum Generalangriff an. Hin und her wogte eine erbitterte Schlacht, ohne daß einer der Gegner einen Vorteil erringen konnte. Da brach Tilly kurzerhand den aussichtslos erscheinenden Kampf ab, um seine Truppen während der heißen Mittagsstunden in den Wäldern südlich Wimpfen ausruhen zu lassen und Verstärkungen abzuwarten, denn in Eilmärschen nahte ein spanisches Kontingent zu seiner Unterstützung.

Markgraf Friedrich benutzte die Pause, um seine Regimenter umzugruppieren, wobei er den taktischen Fehler beging, eine weniger vorteilhafte Stellung zu wählen. Um drei Uhr nachmittags ließ Tilly erneut die Sturmhörner blasen und nochmals entwickelte sich eine mörderische Schlacht. Zunächst beschränkte sich Friedrich auf die Abwehr, dann aber machte er plötzlich nach eineinhalbstündigem Kampf einen Ausfall aus seiner Wagenburg, wobei er die Spanier in die Flucht schlug.

In diesem für Tilly kritischen Augenblick traf eine Geschützkugel in das Munitionslager der Evangelischen. Fast ihr ganzer Pulvervorrat flog in die Luft, eine grausige Zerstörung anrichtend. Die Verwirrung geschickt ausnutzend, trieb Tilly seine Soldaten erneut zum Angriff, der tief in die erschütterten Reihen des Markgrafen einbrach. Die Schlacht war für ihn verloren. Nur zwei Regimenter deckten die wilde Flucht der württembergischen und badischen Truppen. Vergebens opferten sich — wie die Sage behauptet — 400 Pforzheimer, während markgräfliche Reiter ihren Herren vor der drohenden Gefangennahme retteten.

Ein Volkslied aus jener Zeit schildert die Schlacht von Obereisesheim in folgenden Versen:

Die Unsern fochten ritterlich,
gaben dem Tilly Stoß und Stich.
Davon sein Herz erschrocken.
Er riefe hin und riefe her,
sein Volk beginnt zu stocken.

Ging schon Geschrei: Viktoria
sey ritterlich erstritten da,
so ist es anders kommen.
Die Pulverkarch flogen in die Luft,
daß Erd und Himmel brommen.

Davon ein groß Gewirr entstund
und alle Ordnung ging zu Grund
inmitten unsrer Rotten.
Dem Tilly wurd's einer rechte Freud,
kunt unsres Sieges spotten.

Mit seine Kürissirer schwer
rennt er in Eile da daher
recht in die Lücken und Gassen:
Das wurd des Markgraf blutger Schad,
mußt ab vom Siegen lassen.

Auch die Sage beschäftigt sich mit diesem historisch gewordenen Kampf, wobei sie — wie sie es gerne tut — recht großzügig mit der geschichtlichen Wahrheit umging. Tilly, der ein unerschrockener Schlachtenlenker war und meist seine Truppen persönlich anführte, soll danach gar nicht auf dem Kampfplatz gewesen sein. Vielmehr behauptet die Fama, er habe in der Cornelienkirche in Wimpfen im Tal vor dem Madonnenbild auf den Knien gelegen und gebetet. Als Kuriere schon zum dritten Mal den Feldherrn dringend aufforderten, auf das Schlachtfeld zu kommen, habe Tilly nur nach Maria gedeutet und gesagt: „Diese wird uns helfen." Da sei plötzlich ein weißer Reiter vor dem Ligistenheer erschienen, der das Pulver der Evangelischen in Brand setzte und die bayerischen Regimenter zum Sturm führte. Da man nach der Schlacht den weißen Reiter nirgendwo mehr fand, müsse er wohl — so meint die Sage — ein Engel gewesen sein, den Maria den katholischen Truppen sandte.

Der angeblich so fromme Tilly benahm sich anderntags aber recht unchristlich. Er ließ alle umliegenden Dörfer durchsuchen; jeder markgräfliche Soldat, dessen die spanischen und kroatischen Truppen habhaft werden konnten, wurde ebenso erschlagen wie der Bauer, der ihm Unterschlupf gewährt hatte. Erst unter den Mauern von Heilbronn kam diese schreckliche Verfolgung zum Stehen.

Als man das Schlachtfeld von Obereisesheim räumte, fand man auf ihm den verstümmelten Leichnam des Herzogs Magnus von Württemberg. Er hatte, als der Kampf für die evangelischen Truppen bereits verloren war, nochmals das bittere Ende zu wenden versucht, indem er württembergische Reiter zur Attacke führte. Dabei traf er auf den Grafen Ludwig von Fürstenberg, der den Herzog vom Pferde schoß. Sein Körper wurde von stampfenden Hufen fast bis zur Unkenntlichkeit zertreten. Herzog Johann Friedrich, sein regierender Bruder, der Magnus nach Stuttgart überführen ließ, schrieb über dessen Ende: „Da er sich seines Lebens mannlich gewehrt und sich nicht gefangen geben wollen, ist er endlich durch viele empfangene Schuß- und Hiebwunden zu Platz und Boden gelegt, jämmerlich an seinem Leib, Angesicht und Händen durchstochen, zerhauen, zerhackt, zerfleischt und zermetzget worden."

Dort wo er fiel, wurde im Jahre 1900 ein Denkmal errichtet mit der Inschrift: „Auf diesen Feldern starb den Heldentod Herzog Magnus von Württemberg im 28. Jahre seines Lebens in der Schlacht bei Wimpfen am 6. Mai 1622."

STERNENGESÄNG

Von Alfred Leucht

Laßt uns, Freunde, mit den Sternen
weiter unsre Kreise ziehen,
laßt durch unbegrenzte Fernen
uns dem engen Raum entfliehen.

Weil in unsren vollen Herzen
unerfüllte Wünsche wohnen,
zünden wir des Himmels Kerzen,
tragen unsre Häupter Kronen.

Aus dem lauten Weltgedränge
schreiten wir auf stillen Pfaden,
auf den Lippen Festgesänge —
Könige von Gottes Gnaden.

Die erste große Volksversammlung Deutschlands

Vor 120 Jahren fand das Hambacher Fest statt — Der Freiheitskampf gegen Metternichs Terror

Das Hambacher Fest vom Jahre 1832 ist aus der gesamtdeutschen Situation der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts nicht loszulösen. Es empfängt seinen Anstoß aus den geistigen, wirtschaftlichen und politischen Spannungen der großen französischen Revolution und der Niederwerfung Napoleons in den Freiheitskriegen. Es war die Aufgabe des Wiener Kongresses (1814/15), die ausgeblutete europäische Staatenwelt zu reorganisieren, zerstörte Rechtsgrundsätze zu erneuern und zu festigen. Die Verhandlungen verzehrten sich statt dessen in Eifersucht und Mißtrauen und waren nur auf die Interessen der Monarchen und des Adels abgestimmt. An Stelle eines einheitlichen Deutschland wurden 39 souveräne deutsche Staaten am 8. Juni 1815 als Deutscher Bund zusammengefaßt, der aber so lose an eine Zentralgewalt gebunden war, daß das enttäuschte Volk von schmerzlichen und wütenden Enttäuschungen gepackt wurde.

Eigensüchtig wachten die Bundesmitglieder über die Erhaltung ihrer Souveränität, während das Volk Einheit und Frieden erstrebte. Zwar war in der zwischen Rußland und Preußen am 25. März 1813 beschlossenen Proklamation „An die Deutschen", die Herstellung der deutschen Verfassung ohne fremden Einfluß, allein durch die deutschen Fürsten und Völker und aus dem ureigenen Geist des deutschen Volkes versprochen worden, aber nach den Beschlüssen des Wiener Kongresses sollte die Einführung landesständiger Verfassungen Aufgabe der Bundesmitglieder sein. Diese Verheißung war so zu verstehen, daß eine moderne Volksvertretung zur Mitwirkung bei der Ausübung der Staatsgewalt zu berufen war.

Nur die süddeutschen Staaten erließen Verfassungen (Nassau 1814, Bayern und Baden 1818, Württemberg 1819 und Hessen-Darmstadt 1820), weil sie innerpolitisch eine Beschleunigung des Prozesses der Vereinheitlichung des Staatswesens erwarteten. Dadurch gewannen die liberalen Ideen immer weitere Verbreitung. Das freie Wort fand in den süddeutschen Parlamenten eine Zufluchtsstätte. In Baden hatte der Liberalismus durch Rotteck und Welker eine Vertretung gefunden.

Es kam jedoch zur Unterdrückung aller freiheitlichen Regungen, wobei es dem österreichischen Staatskanzler Metternich gelang, nahezu die gesamte Diplomatie zur Anerkennung seiner Abwehrmaßnahmen zu gewinnen. Ganz Deutschland wurde unter strenge politische Aufsicht gestellt. Da kam im Jahre 1830 die französische Julirevolution, und mit einem Schlage erhoben die bedrückten Völker ihr Haupt. Es erfolgten die Revolutionen in Belgien und Polen. Auch in Deutschland kam es in einigen Staaten zu Aufständen. Die Bauern im Odenwald standen auf, und in Baden wurde ein Antrag auf Revision der Bundesverfassung gestellt. Süddeutschland geriet in heftige Gärung.

Die Pfalz blieb nicht unberührt. Man erinnerte sich dort der freisinnigen Einrichtungen, deren man sich seit der französischen Revolution im Gegensatz zu Bayern erfreuen durfte. Man wollte sie keineswegs verlieren und warf der bayerischen Verwaltung in der Pfalz vor, daß sie den Hauptteil der bayerischen Staatsausgaben aufbringen müsse. Es kam noch hinzu, daß die Pfalz durch eine Zollschranke von allen Nachbarstaaten abgeschnitten war und der Absatz von Wein und Tabak unter dieser Maßnahme litt. Der linksradikale Flügel der pfälzischen Liberalen unter Führung des Zweibrücker Advokaten Schüler nutzte die allgemeine wirtschaftliche Not der Bevölkerung aus, um sie in Gegensatz zur Regierung zu bringen. Auf die Seite Schülers stellte sich auch der 1789 in Lahr in Baden geborene Landeskommissar Philipp Jakob Siebenpfeiffer, der in den von ihm herausgegebenen Zeitschriften „Rheinbayern" und „Westbote" in der heftigsten Form die bayerische Regierung angriff. Gegen Ende des Jahres 1831 kam auch Dr. Josef Georg Wirth in die Pfalz, der in Hof geboren und auch wie Siebenpfeiffer kein Pfälzer war. Sein Streben galt allein der Einheit und Freiheit Deutschlands, für die er in der Zeitschrift „Die deutsche Tribüne" kämpfte.

Inzwischen versuchte man von München aus die Freiheitsbewegung einzudämmen und die liberale Presse zu unterdrücken. Wirth rief zur Gründung des „Pressevereins" auf, der sich die Verbreitung von Flugschriften und die Unterstützung notleidender Journalisten zum Ziele setzte. Das bedeutete die offene Kriegserklärung gegen den Staat, der im Frühjahr 1832 zu noch strengeren Maßnahmen griff. Wirths und Siebenpfeiffers Zeitschriften wurden unterdrückt und auch der „Presseferien" verboten.

Ein Schrei der Entrüstung ging durch die Pfalz, und die heftigsten Anklagen wurden gegen die Regierung geschleudert, indem man ihr vorwarf, die Verfassung verletzt zu haben. In manchen Orten der Vorderpfalz kam es bei der Errichtung von sogenannten Freiheits- oder Beschwerdebäumen zu Aufständen.

Da wurde im Frühjahr 1832 in Neustadt der Gedanke ausgesprochen, auf dem Hambacher Schloß am 27. Mai ein Verfassungsfest zu feiern. Da Siebenpfeiffer fürchtete, daß dabei auch ein gewisser Glorienschein die bayerische Regierung treffen könnte, lud er zu einem Fest ein, das dem Gedanken der Abschüttelung der inneren und äußeren Gewalt, sowie der Erstrebung der gesetzlichen Freiheit gelten sollte. Die Regierung sah darin eine Herausforderung und verbot am 8. Mai die Abhaltung des Festes. Diese Maßnahme erregte in der ganzen Pfalz ungeheures Aufsehen. Die Regierung sah sich einer starken Opposition gegenüber, der sich auch der pfälzische Landtag (Bezirkstag) anschloß. Da geschah das Unerwartete, die Regierung zog am 17. Mai das Verbot zurück.

Das Hambacher Fest, die erste große politische Volksversammlung in Deutschland, fand statt. Zu vielen Tausenden strömten die Besucher aus der Pfalz und den Nachbarländern in Neustadt zusammen. Schwarz-rot-goldene Fahnen wallten und dreifarbige Kokarden wurden auf der Brust getragen. Die Zahl derer, die sich am 27. Mai in einem fast endlosen Zug auf den Hambacher Schloßberg bewegten, wird mit 30 000 angegeben. Unter ihnen waren Abgeordnete aus ganz Deutschland, die Heidelberger Burschenschaft mit 200 Mann und Vertreter derer von Würzburg und Jena. Siebenpfeiffer forderte zur Ausdauer im Kampf um die Wiedergeburt des Vaterlandes auf, während Wirth seine Gedanken zur Reform Deutschlands entwickelte. Sie gipfelten in der Forderung zur Bildung der vereinigten Freistaaten Europas.

Der Nachmittag war ausgefüllt mit allgemeinem Festtrubel, während am folgenden Tag im Schießhaus in Neustadt versucht wurde, das unklare Ergebnis der Kundgebung zusammenzufassen. Dabei gingen die Meinungen über die Revolutionierung Deutschlands auseinander. Jedenfalls war die Mehrheit der Teilnehmer gegen einen solchen Vorschlag.

Das Hambacher Fest erregte nicht nur in Deutschland, sondern auch in ganz Europa ungeheures Aufsehen. Die an den alten Zuständen festhaltenden Kreise bezeichneten es als „Orgie", als „skandalös", und die Pfalz selbst als ein „Musterland deutscher Widersetzlichkeit". Metternich ließ an den Männern von Hambach kein gutes Stück und leitete neue Maßnahmen gegen jede freiheitliche Gesinnung ein. Neben anderen wurden Wirth und Siebenpfeiffer vor Gricht gestellt, aber zunächst freigesprochen. Unter veränderter Anklage wurden die beiden dann später verurteilt. Wir sehen heute in ihnen die Märtyrer der deutschen Freiheitsbewegung, die vor 120 Jahren in jener machtvollen Kundgebung Ausdruck fand und uns beim Suchen nach neuen staatspolitischen Formen der Gegenwart Symbol und Glaube ist.

Kurfürst Karl Ludwig und die schöne Raugräfin

Luise von Degenfeld am pfälzischen Hof — Frohe und sorgenvolle Jahre in Schwetzingen

Es sind in diesem Jahr gerade drei Jahrhunderte verflossen, seit am kurpfälzischen Hof zu Heidelberg ein junges Edelfräulein aus Schwaben eintraf, die achtzehnjährige Luise von Degenfeld. Als Hofdame der Kurfürstin Charlotte zog die schöne Baronesse von Degenfeld bald die Aufmerksamkeit des Kurfürsten auf sich, gewiß ohne es zu wollen, aber es sollte ihr zum Lebensschicksal werden.

Kurfürst Karl Ludwig von der Pfalz, Sohn des unglücklichen „Winterkönigs", war mit einer Prinzessin von Hessen-Kassel vermählt, einer herrschsüchtigen, stolzen und jähzornigen Frau, auf deren schlechte Eigenschaften die eigene Mutter den Freier vergebens aufmerksam gemacht hatte. Charlotte dachte nur an sich und ihr Vergnügen; Reiten, Spiel und Jagd waren ihr wichtiger als die mit ihrer hohen Stellung verbundenen Pflichten, während der Kurfürst selbst ein pflichteifriger, sparsamer Mensch war, dem der Wiederaufbau seines im Dreißigjährigen Krieg verwüsteten Landes am Herzen lag. Er veranlaßte 1652 die Wiedereröffnung der Universität Heidelberg und zog namhafte Gelehrte heran. Mannheim und die Festung Friedrichsburg wurden neu aufgebaut und mit Privilegien ausgestattet, die der aus aller Herren Länder zusammengeströmten Bevölkerung zugute kamen. In religiöser Hinsicht war der Landesherr von bemerkenswerter Toleranz. Bei all seinen Bestrebungen fand er bei seiner Gemahlin kein Verständnis, so daß die Entfremdung unausbleiblich war, obwohl ihm Charlotte drei Kinder geboren hatte. Schließlich kam es zur Trennung.

Der nunmehr vierzigjährige Kurfürst fand Gefallen an Luise von Degenfeld. Aus romantischem Schäferspiel wurde eine innige Liebe, und gegen den Willen ihrer Familie willigte Luise ein, sich dem Kurfürsten „zur linken Hand" antrauen zu lassen. Es gab natürlich Hofklatsch und Familienkrach, doch Karl Ludwig war entschlossen, sein Glück zu erkämpfen, und die Folgezeit bewies, daß er sich nicht geirrt hatte. In zwanzigjähriger glücklicher Ehe schenkte ihm Luise, der er den Titel einer Raugräfin verliehen hatte, vierzehn Kinder. Das Schwetzinger Schloß wurde neu hergerichtet und diente der Raugräfin zumeist als Wohnsitz. Leider versäumte der sonst so gewissenhafte Fürst, die Zukunft seiner zahlreichen Nachkommen aus zweiter Ehe zu sichern; indes erlebte keines von ihnen, außer einem ziemlich mißratenen Sohn, die Jahrhundertwende. Einige von ihnen starben in jungen Jahren, die übrigen Söhne fielen in fremden Kriegsdiensten.

Mit rührender Liebe umgab der alternde Kurfürst seine Gemahlin. In seiner Angst vor Anschlägen des nunmehr verfeindeten landgräflichen Hofes in Kassel hütete er Luise im Schwetzinger Jagdschloß, das mit Gräben, Mauern und Palisaden einer kleinen Festung glich. Eine Wachtruppe von vier Leibgardisten und acht Musketieren war ständig auf der Hut vor Überfällen. Als dem Kurfürsten Schwetzingen nicht mehr sicher genug war, brachte er seine geliebte Frau nach Frankenthal, wo auch 1658 durch den Heidelberger Hofprediger Heyland die Trauung stattfand. Dann kehrte man wieder nach Schwetzingen zurück. Tag und Nacht mußte in den Kaminen Feuer brennen, damit nicht etwa ein Attentäter durch den Rauchfang in das Innere des Schlosses eindringen konnte.

Die Raugräfin Luise starb am 18. März 1677 und wurde zusammen mit ihrer einer Krankheit erlegenen jüngsten Tochter in der Gruft der Konkordienkirche in Mannheim beigesetzt. Bei der Zerstörung der Stadt im Jahre 1689 blieb das Grab nicht verschont. In jüngerer Zeit glaubte man, bei Instandsetzungsarbeiten den Sarg wieder aufgefunden zu haben, aber das erwies sich als ein Irrtum, und so ist das raugräfliche Geschlecht erloschen, vergessen, kaum daß es außer den vergilbten Blättern der Chroniken sichtbare Spuren hinterlassen hat. W. N.

Knittlingen erstellt einen Johannes-Faust-Brunnen

Ehemalige Thurn- und Taxis'sche Post wird neues Rathaus

Knittlingen, das uralte Städtchen zwischen Maulbronn und Bretten, einst Sitz einer bedeutenden Mundharmonika-Industrie und Geburtsort des größten Magiers aller Zeiten, des für die ganze Kulturwelt zu einem Begriff gewordenen Dr. Johannes Faust, baut gegenwärtig ein neues Rathaus. Eines der bemerkenswertesten Gebäude Knittlingens, die ehemalige Thurn- und Taxis'sche Post, die im Frühjahr 1945 bis auf die Grundmauern niederbrannte, soll bei einem Kostenaufwand von 150 000 DM wieder aufgebaut werden. In ihm wird das Rathaus, die Kreissparkasse und der Konsum untergebracht; später wird ein Bürger- und Kinosaal angebaut.

Spenden ermöglichen es, den Rathaus-Vorplatz künstlerisch zu gestalten. Man will auf ihm dem bedeutenden Sohn der Stadt, Dr. Johannes Faust, der um 1480 „in dem Haus neben der Kirche" geboren wurde, ein — wenn auch spätes — Denkmal setzen. Bisher hat in Knittlingen nur ein unscheinbares Täfelchen an dem schlichten Geburtshaus an ihn erinnert. Die in Stuttgart wohnhafte Künstlerin Hanna Storp-Pflumm hat das Modell der überlebensgroßen Faustfigur geschaffen, die den vor dem Rathaus zu erstellenden Brunnen schmücken soll. Die Bildhauerin benutzte dabei ein von dem Leiter des Landesarchivs in Speyer, Dr. Lind, aufgefundenes Faustbuch, das den Titel trägt: „D. Faustus, Original Dreyfacher Höllenzwang". Dieses Buch, in dem Faust die ganze ägyptische Schwarzkunst schildert, enthält auch sein Bildnis.

Über dem Eingangsportal des Rathauses wird eine Eckplastik angebracht werden, die eine Szene aus Goethes „Faust" darstellt. Den Entwurf hat der Mühlacker Bildhauer Metzger geliefert. H. O. K.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg